

(Vizepräsidentin Beate Schlupp)

Ich glaube, Sie haben sich ein spannendes Thema ausgesucht, das ich jetzt aufrufen werde, und zwar den **Tagesordnungspunkt 14**: Beratung des Antrages der Volksinitiative gemäß Artikel 59 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – „FAIRE STRASSE – Volksinitiative gegen Straßenausbaubeiträge in Mecklenburg-Vorpommern“, Drucksache 7/2800.

**Antrag der Volksinitiative
gemäß Artikel 59 der Verfassung des
Landes Mecklenburg-Vorpommern
„FAIRE STRASSE – Volksinitiative
gegen Straßenausbaubeiträge
in Mecklenburg-Vorpommern“
– Drucksache 7/2800 –**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 210 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Inneres und Europa.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Mal wieder liegt uns ein Tagesordnungspunkt vor, der nicht nur für Fachexperten und für Verwaltungsmitarbeiter von großem Interesse, sondern für nahezu alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wichtig ist. Das Thema Straßenausbaubeiträge spaltet, das ist vollkommen unstrittig. Ich kenne ehrlich gesagt nur wenige Leute, die zu dem Thema selbst gar keine Meinung haben. Fast alle haben eine Meinung in die oder in die Richtung, so oder so.

Das Thema hat natürlich auch das Parlament erreicht und uns schon vielfach beschäftigt, heute auch dank der Initiative Tausender Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Dabei hantieren Medien, aber auch Politiker gerne mit Extrembeispielen, um für ihre jeweilige Position zu werben. Mögliche Forderungen von über 100.000 Euro werden dann mal schnell in den Raum geworfen, um Punkte zu machen bei denjenigen, die die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wollen. Dabei war natürlich auch der Landesregierung und mir schon immer klar, dass die Straßenausbaubeiträge im Einzelfall Konstellationen hervorgebracht haben, bei denen jeder vernünftige Mensch nur den Kopf schütteln kann. Das ist, glaube ich, unstrittig.

Aber – und das habe ich hier im Parlament auch schon des Öfteren dargestellt – es gibt zu dieser Thematik nicht die rundum glückliche Alternative, definitiv gibt es die zu dieser Frage nicht, denn egal, wie man den Straßenausbau letztendlich finanzieren möchte, es gibt ihn nicht umsonst. Gemeinden, Hausbesitzer, Steuerzahler, irgendjemand muss am Ende das Portemonnaie ziehen oder sagen, wir wollen die Straßen nicht machen. Das ist die andere Alternative, aber ich glaube, das ist unstrittig, dass das keiner im Parlament wünscht. Dass das keine Begeisterungstürme auslöst, weiß ich, aber „Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass“ läuft hier bei dieser Frage nicht. Und wenn wir ehrlich sind, ist das, glaube ich, auch jedem Abgeordneten, egal von welcher Fraktion, klar.

Trotzdem, der Weisheit letzter Schluss waren auch die Straßenausbaubeiträge in der vorhandenen Form noch nie. Hätten wir sie nach der Wiedervereinigung nicht aus dem Land Schleswig-Holstein abgeschrieben, wäre wahrscheinlich niemand auf die

Idee gekommen, sie einzuführen. Aber auch bei den Alternativen mussten wir uns erst mal genau ansehen, an welchen Stellschrauben wir in dem komplexen Gebilde aus kommunaler, Kreis- und letztendlich auch aus Landesebene überhaupt drehen können, sodass möglichst alle Interessen berücksichtigt sind. Das haben wir in den vergangenen Monaten auch umfangreich getan und uns auf Eckpunkte verständigt, wie zukünftig kommunale Straßen in Mecklenburg-Vorpommern finanziert werden sollen.

Als zuständiger Minister habe ich nun von der Regierungskoalition die Zielstellung erhalten, die Straßenausbaubeiträge in Mecklenburg-Vorpommern bis spätestens zum 1. Januar 2020 abzuschaffen und ihre Finanzierung solidarisch neu zu regeln. Darauf haben wir uns in der Koalition verständigt und ich danke allen Beteiligten, den beiden Fraktionsvorsitzenden der Koalition, den Regierungsvertretern, aber auch vor allem dem Finanzminister für die zielführenden Gespräche, denn ohne Geld ist das Problem nicht zu lösen. Auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Die genauen Details werden wir in den nächsten Wochen klären und abstimmen, aber ich bin zuversichtlich, dass wir hier aufgrund der klar festgelegten Eckpunkte auch schnell vorankommen. Leicht haben wir uns diesen Entschluss allemal nicht gemacht. So waren die Unzulänglichkeiten beim bestehenden System ja allseits bekannt. Es gab durchaus aber auch Vorteile, unter anderem halt eine gesicherte Finanzierung für die kommunale Ebene. Außerdem waren nur diejenigen von den Beiträgen betroffen, die tatsächlich etwas von dem Ausbau der Straßen vor ihrer Wohnungstür hatten und haben.

Auch die sogenannte Kannregelung hat in unseren Überlegungen eine Rolle gespielt. Als dauerhafte Lösung kommt sie aber nicht infrage, weil sie einfach die Kommunen spaltet: zwischen den Kommunen, die Finanzen haben oder besser finanziell ausgestattet sind, und den Kommunen, die schlechter finanziell ausgestattet sind.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr richtig!)

Und einfach abschaffen und Kannregelung, das ist, glaube ich, keine vom Parlament gewünschte Regelung und auch keine, wie wir sie im Land voranbringen sollten.

Die dritte grundsätzliche Möglichkeit ist, den gemeindlichen Straßenbau aus den allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren. Das ist sicherlich die Variante, die von vielen Beteiligten favorisiert wird. Allerdings kann uns niemand garantieren, ob es uns auch morgen oder übermorgen wirtschaftlich noch so gut wie heute geht und die dementsprechenden Steuereinnahmen und die dementsprechende Steigerung auf Dauer vorhanden sind. Außerdem haben wir in Mecklenburg-Vorpommern schlicht ein ganz anderes Finanzgerüst als Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg. Das sehen im Übrigen nicht nur der Innen- und der Finanzminister so, das sieht auch der Landesrechnungshof so.

Am Ende haben wir uns deshalb darauf verständigt, die Abschaffung der Ausbaubeiträge über eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer um ein Prozent zu finanzieren. So werden für alle gemeindlichen Straßenausbaumaßnahmen, die nach dem Inkrafttreten der Neuregelung beginnen, keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben. Im Gegenzug erfolgt die Erhöhung der Grunderwerbssteuer ebenfalls so früh wie möglich, jedoch bis spätestens 1. Januar 2020.

Ja, auch das wird nun wieder Belastungen bringen, wo vorher weniger waren. Auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Aber diese Belastungen hätten wir bei jeder anderen Variante auch gespürt, und irgendwo muss das Geld herkommen, nur eben an anderer Stelle, und deswegen halte ich die Entscheidung auch für folgerichtig. Außerdem reden wir hier von einer moderaten Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 5 auf 6 Prozent, sodass wir uns nach wie vor in einem guten Mittelfeld in der Bundesrepublik Deutschland bewegen, was die Grunderwerbssteuer betrifft, wo andere Länder bis zu 6,5 Prozent im Ländervergleich haben. Die meisten sind zwischen 5 und 6,5, der eine oder andere sogar noch darüber.

Wir reden hier von einer Größenordnung von um die 20 bis 30 Millionen Euro wegfallender Anliegerbeiträge, die den Kommunen insgesamt eins zu eins ersetzt werden müssen. Die Kommunen sollen dieses Geld nach dem bisherigen Stand der Überlegungen – und das sage ich deutlich einschränkend, weil ich habe eingangs

ausgeführt, dass wir uns vor zwei Tagen erst auf die Eckpunkte verständigt haben, und die Inhalte werden in den nächsten Tagen und Wochen abgestimmt –, aber nach dem derzeitigen Stand sollen die nach dem jeweiligen gemeindlichen Straßenkilometer ab spätestens 2020 über eine Investitionspauschale zugeführt werden. Dieser Betrag wird dann dementsprechend den Kommunen zugeführt.

Auch wollen wir eine Übergangslösung finden für die Fälle, bei denen der erste Spatenstich vor Inkrafttreten der Neuregelung erfolgt ist. Das ist eine große Herausforderung, diese Übergangslösung, da mache ich keinen Hehl draus. Vor allen Dingen muss sie rechtssicher sein – das muss ich den Juristen hier im Haus nicht erklären –, und es wird bestimmt einer dabei sein, der sagt, er ist nicht einverstanden, und dementsprechend klagen. Deswegen sind wir gut beraten, uns auch die notwendige Zeit zu nehmen, dass man im Zweifelsfall vor dem Verfassungsgericht mit der neuen Regelung Bestand hat. Hier sind wir derzeit im Feintuning und müssen noch genau abwägen, bis zu welchem Stichtag eine solche Lösung möglich ist und über welches Modell sie am Ende erfolgen soll. Fest steht dagegen schon jetzt, dass die Gemeinde-, Stadt- und Amtsverwaltung erheblich von Bürokratie entlastet wird, denn die Festsetzung und Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bindet überall enorme Ressourcen.

(Tilo Gundlack, SPD: Das stimmt.)

Meine Damen und Herren, über die genaue Ausgestaltung der Neuregelungen der Ausbaubeiträge sowie eine Übergangslösung bis zum Stichtag der Abschaffung der Ausbaubeiträge wird die Landesregierung in Kürze Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden des Landes aufnehmen, denn die sind diejenigen, die es betrifft, und deswegen ist es auch wichtig, dass wir die Veränderung gemeinsam mit ihnen beraten. Das Thema wird uns also noch eine Zeit lang in Atem halten und ich gehe auch fest davon aus, dass wir es im Parlament noch in Regelmäßigkeit wieder diskutieren werden, zumindest in den Fachausschüssen auf jeden Fall.

Ich möchte an alle Beteiligten appellieren, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten. Der Zankapfel Straßenausbaubeiträge wird spätestens im Jahr 2020 der Vergangenheit angehören. Forderungen an Hausbesitzer wird es zukünftig dann

nicht mehr geben. Dafür werden diejenigen moderat mehr belastet, die Grundstücke erwerben, ohne dass wir dabei aber im Ländervergleich in unverhältnismäßige Höhen steigen. Ich denke, mit den beschlossenen Eckpunkten haben wir eine gute Marschrichtung gefunden, mit der wir eine solidarische Finanzierung der Neugestaltung sicherstellen können, mit der wir die Kommunen nicht alleine im Regen stehen lassen und sagen, seht zu, wie ihr das löst, sondern das gemeinsam als eine Aufgabe betrachten.

Ich kann an dieser Stelle nur darum bitten, den Prozess zu unterstützen. Durchaus sind kluge Vorschläge, wie insbesondere Übergangslösungen vernünftig geregelt werden können, dankbar auch willkommen. Insofern wünsche ich uns gute Beratungen, bedanke mich noch mal bei allen, die an diesem Kompromiss mitgewirkt haben, und freue mich für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Abweichend von unserem üblichen Verfahren begrüße ich auf der anderen Besuchertribüne Vertreter der Volksinitiative, die wir heute jetzt hier beraten. Ich tue das ganz bewusst, in der Hoffnung, dass damit die Versuchung sinkt, dass die nachfolgenden Redner sich bei der Begrüßung dieser Volksinitiative gegenseitig übertreffen wollen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich hoffe, der Hinweis ist angekommen.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Lerche.

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrte Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Gäste im Saal! Liebe Bürger im Lande! Heute behandeln wir nun den Antrag der Volksinitiative FAIRE STRASSE gemäß Artikel 59 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, eine Volksinitiative gegen Straßenausbaubeiträge. Lassen wir diesen Antrag zu einem weiteren Meilenstein auf dem Weg zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in unserem Bundesland werden!

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Vor etwas über anderthalb Jahren hat die AfD-Fraktion erstmals einen Antrag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gestellt.

(Thomas Krüger, SPD: Jaja. –
Zuruf aus dem Plenum: Kannregelung.)

Wir vertraten in unseren Begründungen damals die gleiche Position wie jetzt die Volksinitiative, nämlich, dass Straßenausbaubeiträge eine existenzgefährdende finanzielle Belastung für unsere Bürger, in diesem Fall die Anlieger, darstellen, dass sie ungerecht sind und einen sehr hohen bürokratischen Aufwand erzeugen, mit oftmals juristischen Streitereien. Mein Kollege Herr Grimm und ich sprachen damals von einem ersten Schritt, der Kannregelung, und weiter in der Begründung von dem dann folgenden Schritt der völligen Abschaffung der nicht mehr zeitgemäßen Straßenausbaubeiträge. Ich zitiere mich selbst aus dem Plenarprotokoll:

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

„... Berlin und Hamburg taten das im letzten Jahr. Letztere, weil sie Stadtstaaten sind, erheben gar keine Beiträge mehr.“

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

„Das soll auch einmal Ziel für unser Bundesland sein. Straßenbau muss aus Steuermitteln finanziert werden.“

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

„Es ist mittlerweile ein Allgemeingut.“

(Sebastian Ehlers, CDU: Ich zitiere mich nachher auch selbst.)

„Aber dies ist dann ein zweiter Schritt, für den es vieler Beratungen und auch Verhandlungen zwischen Kommunen, Kreisen und dem Land bedarf.“ Zitatende.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Jetzt lachen die, die bisher nichts Sinnvolles beigetragen haben.)

Die Linksfraktion war damals die einzige Fraktion, die einer Überweisung in die Ausschüsse zustimmte. Ja, liebe Damen und Herren der SPD und CDU, hätten Sie damals auch zugestimmt, zur Überweisung, hätten wir dieses Thema jetzt vom Tisch.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter Lerche, gestatten Sie eine Zwischenfrage ...

Dirk Lerche, AfD: Am Ende gern, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... des Abgeordneten Renz?

Dirk Lerche, AfD: ... aber jetzt nicht.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Die Landesregierung hätte die Kosten ermittelt,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wir hätten im Doppelhaushalt 2018/2019 die Bereitstellung der finanziellen Mittel beraten können, das Finanzausgleichsgesetz wäre angepasst worden

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und alle wären zum heutigen Zeitpunkt glücklich.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das hätte uns in Schwerin nicht geholfen.)

Aber nein,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Frau Tegtmeyer hat im Namen der SPD geantwortet, Zitat: „Von daher werden wir Ihren Gesetzentwurf nicht überweisen, wir werden ihn ablehnen, weil er nämlich kein bisschen zielführend ist, sondern reine Augenwischerei.“ Zitatende.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Die CDU-Fraktion – damals sprach Franz-Robert Liskow – deutete versteckt an, ich zitiere:

(Vincent Kokert, CDU: Na, nun bin ich gespannt!)

„Meine Fraktion hätte sich auch vorstellen können, über diese verschiedenen Aspekte der Vor- und Nachteile im Ausschuss zu diskutieren.“ Zitatende.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Hört, hört! –
Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Das war doch nicht versteckt!)

Man lehnte dann den Antrag ab, wahrscheinlich aus Rücksichtnahme dem Koalitionspartner gegenüber.

(Torsten Renz, CDU: Im Leben nicht! So
was würden wir nie machen! – Heiterkeit und
Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Jochen Schulte, SPD)

Nach der Ablehnung, diesen Antrag in den Ausschuss zu überweisen, folgte die Zweite Lesung. Auch dort bat ich noch einmal beharrlich um Überweisung, es erfolgte die zweite Ablehnung.

(Torsten Renz, CDU: Ja, weil der Antrag so
schlecht war. – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Damit war bei mir schon terminlich der April 2018 vorgemerkt für eine erneute Einbringung. Dicke Bretter muss man ja bekanntlich lange bohren.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und siehe da, es fand zumindest eine Überweisung des AfD-Antrages in die Ausschüsse statt,

(Christian Brade, SPD: Ach was?! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

zusammen mit den Beratungen der LINKEN.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kann ja eine lebhafte Debatte stattfinden, aber ich finde gerade in Anbetracht dessen, dass die Initiatoren hier dabei sind und der Debatte folgen wollen, doch etwas mehr Disziplin für angebracht.

Dirk Lerche, AfD: Es wurde seitens des Innenministers auch eine vage Zahl genannt. Circa 30 Millionen

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

sind in den vergangenen Jahren im Durchschnitt an Straßenausbaubeiträgen erhoben worden. Auch wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe, die sich dieses Themas annehmen sollte, angekündigt. Im Wirtschafts- und Finanzausschuss habe ich von denen aber nie etwas zu hören bekommen. Aber dafür vom NDR:

(Egbert Liskow, CDU: Ohren aufmachen!)

„Koalition schafft Straßenausbaubeiträge ab“. Ich zitiere den NDR:

(Vincent Kokert, CDU: Hm! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

„Nun also doch: Die rot-schwarze Koalition will die umstrittenen Straßenausbaubeiträge in Mecklenburg-Vorpommern abschaffen.“

(Thomas Krüger, SPD: Zielführender Beitrag.)

„Darauf haben sich SPD und CDU am Mittwochmorgen geeinigt.“

(Vincent Kokert, CDU: Ja, wir wissen das.
Uns brauchen Sie das nicht zu sagen.)

„Vorausgegangen waren monatelange Diskussionen hinter den Kulissen, vor allem bei den Sozialdemokraten war der Diskussionsbedarf offenbar groß,“

(Martina Tegtmeier, SPD: So ist es.)

„noch am Vorabend konnte sich die Fraktion nicht zu einer Abstimmung durchringen.“

(Tilo Gundlack, SPD: Wir diskutieren da gerne.)

„Nach dem jetzt beschlossenen Konzept der Koalition fallen die Beiträge spätestens zum 1. Januar 2020 weg.“

(Andreas Butzki, SPD: Das ist doch ein schönes Ergebnis, oder nicht? –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Dann können wir heute noch darüber diskutieren,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

was die Forderung der Bürgerinitiative FAIRE STRASSE ist.

(Andreas Butzki, SPD:
Ich denke, ihr könnt lesen?)

Was ist mit dem Jahr 2019?

(Andreas Butzki, SPD: Das ist eine Kannlösung, sagten Sie doch. – Zurufe von
Thomas Krüger, SPD, und Dr. Ralph Weber, AfD)

Das Thema ab 2020 ist schon mal vom Tisch,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

aber, und das möchte ich hier betonen,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

auf Druck von Bürgerinitiativen und unseren Anträgen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ja, ist doch so!

(Torsten Renz, CDU:
Wenn es nicht so traurig wäre!)

Sie haben den Antrag nicht gestellt.

(Vincent Kokert, CDU: Wir zitieren nachher
aus Ihrem Antrag, Herr Lerche, was Sie für
einen Unsinn da aufgeschrieben haben. –
Andreas Butzki, SPD: Oder sich haben
aufschreiben lassen.)

Jetzt möchte ich noch auf die gemeinsame Presseerklärung von SPD- und CDU-Fraktion eingehen. Ich zitiere Thomas Krüger:

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

„Diese Mittel werden an die Kommunen weitergereicht“

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

„und decken langfristig den finanziellen Bedarf für erforderliche Straßensanierungen.“

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

„Für die Anlieger entfallen damit künftig die umstrittenen Straßenausbaubeiträge. Grundstückserwerber profitieren langfristig von der neuen Regelung, weil alle anfallenden Kosten von vornherein offen und transparent sind.“

(Thomas Krüger, SPD: Gut vorgelesen.)

„Spätere Überraschungen oder unbillige Härten wird es nicht mehr geben. Gleichzeitig werden kleine und mittlere Einkommen nicht über Steuern zur Aufwertung privaten Immobilienbesitzes herangezogen. Es gilt auch weiterhin: Eigentum“

(Thomas Krüger, SPD: Verpflichtet.)

„verpflichtet.“ Zitatende.

(Jochen Schulte, SPD: Bis jetzt war das
alles richtig. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Da bin ich gespannt, wer die entfallenen Straßenausbaubeiträge bezahlt, wo die kommunalen Genossenschaften, die kommunalen Eigenbetriebe Anlieger sind, zum Beispiel hier in Schwerin.

(Tilo Gundlack, SPD: Was erzählt
der jetzt für einen Quatsch?)

Die Wohnungsgenossenschaft Schwerin WGS

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

ist überschuldet, die Stadt auch. Entweder, die Straßen auf dem Dreesch, in Lankow

(Elisabeth Aßmann, SPD: Sie haben es
einfach nicht verstanden, Herr Lerche. –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

und teilweise in der Weststadt sind noch in ferner Zukunft nicht gemacht,

(Andreas Butzki, SPD: Oh, oh, oh, oh!)

oder es wird doch über Steuern,

(Tilo Gundlack, SPD: Das zeigt wieder mal,
dass Sie von Straßenausbaubeiträgen
keine Ahnung haben.)

Anhebung der Grundsteuer B oder Grundsteuer A,

(Glocke der Vizepräsidentin –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

die auch kleine oder mittlerweile Einkommen betrifft, realisiert.

(Tilo Gundlack, SPD: Was erzählen Sie
da für einen Käse? – Jochen Schulte, SPD:
Wissen Sie, was die Grunderwerbssteuer ist?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dirk Lerche, AfD: Zusätzlich ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Lerche!

(Zuruf von Ralf Mucha, SPD)

Dirk Lerche, AfD: Ich weiß, was Grundsteuer A ...

(Tilo Gundlack, SPD: Grunderwerbssteuer!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also ich weiß es nicht, ich kann es ...

(Minister Harry Glawe: Grundsteuer A
und B ist was anderes, mein Lieber! –
Dr. Ralph Weber, AfD: Schon gar
nicht von der Ministerbank aus!)

So, jetzt bitte ich, jetzt bitte ich darum, dass hier wirklich mal Ruhe ist. Ganz offensichtlich muss ich jedes Mal neu erklären, wie die Regeln hier im Landtag sind.

(Jochen Schulte, SPD:
Sie machen das so schön.)

Wenn ich diese Glocke läute, heißt das, es ist Ruhe, normalerweise auch vom Redner, aber, wie gesagt, wenn die Ruhe dann sofort eintritt und die Rede nicht unterbrochen werden muss, dann akzeptiere ich das noch. Es hat keine Zwischenrufe von der Regierungsbank zu geben.

(Minister Harry Glawe: Genau.)

Und ich wollte hier vorsichtig den Hinweis geben, dass jeder noch Redezeit hat. Von daher wiederhole ich meine Bitte, dass es doch für diejenigen, die diese Initiative auf den Weg gebracht haben, auch interessant ist, sich die Argumente anzuhören. Dazu müssen sie in der Lage sein. Ich bitte doch wirklich, darauf jetzt im Verlauf der Debatte Rücksicht zu nehmen.

Jetzt können Sie fortfahren, Herr Lerche.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Andreas Butzki, SPD: Die Präsidentin hat
gesagt, Argumente und keine Fake News.

Haben Sie genau zugehört, ne? –
Tilo Gundlack, SPD: Lassen Sie sich
mal erklären, was Grundsteuer A und B ist!)

Dirk Lerche, AfD: Ein Argument ist, wenn die Kommune selber Anlieger ist. Richtig,
dann werden nämlich hier

(Zuruf vonseiten
der Fraktion der CDU: Na?! Na?! –
Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Kosten von linker Tasche zur rechten Tasche umgelegt. Wenn beide Taschen leer
sind,

(Sebastian Ehlers, CDU: Hä?)

dann geht es doch über Erhöhungen, über Steuererhöhungen, und die Kommune hat
nun mal nur die Grundsteuer A

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und Grundsteuer B und die Gewerbesteuer zur Verfügung.

(Andreas Butzki, SPD, und
Dietmar Eifler, CDU: Hundesteuer! –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Und meinetwegen,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Herr Eifler, auch noch die Hundesteuer,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

aber die wird das wahrscheinlich nicht bringen, um Straßen zu bauen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Zusätzlich zu den bereitgestellten finanziellen Mitteln – da muss ich jetzt auf die Rede des Ministers antworten – kommen noch die Einsparungen beim Verwaltungsaufwand der Kommunen und bei Gerichtskosten von verlorenen Prozessen der Kommunen. Also wir reden hier schon über etwas mehr Geld als die 30 Millionen, die dann den Kommunen zur Verfügung stehen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Andreas Butzki, SPD:
Vergesst nicht das Klatschen! –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

(Andreas Butzki, SPD: Peinlich, peinlich!)

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Lerche, ich habe mich deswegen gemeldet, damit man Unfug auch gleich abräumen kann.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und CDU – Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Weil es einfach schwierig ist, wenn ich hier sage, wir haben vor zwei Tagen Eckpunkte gemacht, die Einzelheiten müssen ausdiskutiert und zu Buch gebracht werden, damit wir keinen nächsten Rechtsbruch oder Sonstiges begehen.

(Zuruf von Bert Obereiner, AfD)

Dann dürfen Sie nicht Sachen erzählen, die so einfach nicht der Wahrheit entsprechen. Die Grundsteuer A und B hat nichts mit der Grunderwerbssteuer zu tun, das zum einen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Thomas Krüger, SPD: So ist es. Genau.)

Alle Beteiligten, die in den Gesprächen waren, haben natürlich gesagt, die Kommune muss im Zweifelsfall ihren Anteil immer mit erbringen. Das ist auch selbstverständlich.

(Andreas Butzki, SPD: Na klar!)

Und nicht in jedem Fall, um das Beispiel Schwerin zu nehmen, weil wir ja nun mal in Schwerin sind, hat das eine Steuererhöhung für die Kommune zur Folge, denn sie kann im Zweifelsfall auch einen Kredit beantragen, und den würde der Innenminister in dem Zusammenhang, wenn es um Konsolidierung geht, trotzdem genehmigen. Auch das will ich von vornherein gleich klarstellen, damit hier nicht erst Unfug sich

festsetzt und man sagt, wir müssen die eine Erhöhung zur nächsten Erhöhung geben. Das wollte ich nur klarstellen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Zunächst möchte ich kurz auf den Innenminister eingehen, der vorhin sagte, am Eingang seiner Rede, warum haben wir überhaupt hier Straßenausbaubeiträge im Gesetz. Das haben wir von den Schleswig-Holsteinern übernommen, sonst hätten wir das vielleicht gar nicht reingeschrieben. Aber Fakt ist auch, der Landesgesetzgeber muss dafür sorgen, dass die Gemeinden Einnahmequellen haben und Einnahmequellen nutzen können, um ihre Aufgaben vor Ort zu erfüllen. Wir haben hier eine ganz klare Aufgabenteilung, jeder ist für seinen Bereich zuständig, der Bund für seinen, das Land für seinen, die Kreise für ihren und die Gemeinden haben ihre Zuständigkeiten.

Darum haben wir auch die Unterscheidung bei den Straßen. Es gibt Bundes-, Landes-, Kreis- und eben Gemeindestraßen. Jeder ist für seinen Bereich zuständig. Daher war es bei Einführung des kommunalen Abgabenrechtes in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich folgerichtig, dass man das auch berücksichtigt hat und eben den Gemeinden eine entsprechende Quelle durch unser Kommunalabgabengesetz eröffnet hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

In der Tat, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns mit der Schließung dieser Quelle schwergetan, weil alle Vorschläge im Vorhinein immer gelautet haben, dass aus dem allgemeinen Steueraufkommen das ausgeglichen werden sollte, also die Grundeigentümer sollten entlastet werden zulasten beispielsweise von Mietern. Das haben wir von vornherein immer abgelehnt und wir haben jetzt einen Weg gefunden, der eben ein anderer – unserer Meinung nach – ist. Deswegen konnten wir uns auch auf diesen Kompromiss mit unserem Koalitionspartner einigen.

Die Volksinitiative nun greift ein Thema auf – Herr Lerche hat das hier gerade referiert –, das uns als Fraktion auf jeden Fall seit eineinhalb Jahren ganz intensiv beschäftigt. Wir haben in- und extern ganz viele Beratungen darüber geführt, wir haben nicht zuletzt uns auch über das Expertengespräch im letzten Jahr mit den anderen verständigt, was auch wieder sehr aufschlussreich war. Dass die Initiative

jetzt zu einem Zeitpunkt kommt, wo wir uns bei der materiell gewichtigsten Forderung dieser Initiative mit unserem Koalitionspartner verständigt haben, wird uns trotzdem nicht davon abhalten, uns natürlich auch mit dieser Initiative und mit den darin ausgeführten Forderungen noch mal ganz intensiv zu befassen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ja wohl das Mindeste!)

Denn die Landeswahlleiterin hat sich entsprechend geäußert. Sie führt in ihrer Stellungnahme oder in ihrer Feststellung aus, dass es bei der Volksinitiative eben nicht um einen Gesetzentwurf zum Verzicht auf die Erhebung von Abgaben geht, denn der wäre von unserer Landesverfassung in der Tat nicht gedeckt, sondern aufgrund der Initiative müsste sich der Landtag mit der Materie als solcher befassen. Selbstverständlich werden wir das tun, der Zeitplan dazu steht bereits, und wir werden uns nicht nur mit dem bloßen Wortlaut der Initiative, über den man sich natürlich schon ein bisschen wundern könnte, befassen, sondern auch mit dem, was wir vermuten, was damit gemeint ist, also mit der Zielstellung. Die Vertreter der Volksinitiative werden wir dazu bereits am 29.11. im Innenausschuss hören.

Nach dem reinen Wortlaut dieser Volksinitiative sollen wir als Landtag und Gesetzgeber beschließen, uns aufzufordern, unsere Aufgaben praktisch an die Landesregierung abzugeben, damit sie die Straßenausbaubeiträge abschafft. Sie soll sich ebenfalls, wie die meisten Vertreterinnen und Vertreter des Landtages es ja bereits getan haben, gegen eine Kannregelung aussprechen, und sie soll eine neue Regelung schaffen, die eigentlich meiner Auffassung nach der jetzigen entspricht, nämlich, dass eine anteilige Finanzierung aus Finanzausgleichsmitteln möglich sein soll. Genau das ist ja zurzeit der Fall: Anteilig werden Mittel genommen, aber eben auch andere Anteile über Anliegerbeiträge.

Die Begründung der Initiative zielt unter anderem darauf ab, dass Straßenausbau oder Straßen als solche auch ein Teil der Daseinsvorsorge sind. Klassische Bereiche finden wir hier, die zur Daseinsvorsorge gehören, wie die Versorgung mit Wasser, Gas, Strom, Entsorgung von Abwasser, Abfall, Sicherstellung des ÖPNV und neuerdings auch das Breitband, die Versorgung mit Breitband, also schnellem

Internet. Die Bereitstellung all dieser Bereiche durch die gemeindliche Ebene ist teilweise mit an die Gemeinde zu zahlenden Beiträgen, teilweise aber auch mit Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger belastet.

So finde ich es eigentlich sehr schade, Herr Kokert, dass Sie als Fraktionsvorsitzender der CDU in Ihrer Pressemitteilung die Einführung von, Ihren Worten nach, „willkürlichen Härtefallklauseln“ als Herumdoktern am Kommunalabgabengesetz bezeichnet haben, die nun vom Tisch seien. Es mag ja sein, dass die Vorschläge, die halbherzigen Vorschläge zu diesem Thema vonseiten der CDU – und ein wesentlicher kam ja sogar vom Innenminister persönlich – willkürlich waren. Unsere Vorschläge waren es mitnichten, sondern sie lehnten sich eng an unsere Kommunalverfassung an, was die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bereits im Vorfeld von Maßnahmen angeht, sowie, was die Minderung besonderer Härten angeht, an der Abgabenordnung, gefestigte Rechtsprechung und den Regelungen in den Kommunalabgabengesetzen anderer Länder. Diese Regelungen würden auch Beitragspflichtigen anderer Abgaben zugutekommen. Da bitte ich Sie noch mal inständig, darüber nachzudenken, ob Sie das umfassend meinen mit dieser Ablehnung, die da in Ihrer Pressemitteilung zutage trat.

(Sebastian Ehlers, CDU: Gemeinsame
Pressemitteilung, Frau Tegtmeier.)

Noch einmal, SPD-seitig haben wir es immer wieder betont, es ging uns stets darum, keine Entlastung der Grundbesitzer zulasten der Mieter durchzusetzen. Nun haben wir mit dieser Regelung – der Anhebung der Grunderwerbssteuer, der Minister hat das schon umfänglich ausgeführt – vor, derzeitige Grundeigentümer zulasten künftiger zu entlasten. Die Kosten bleiben also eng mit dem Besitz von Grund und Boden verbunden. Das war uns an dieser Stelle wichtig, deswegen konnten wir diese Regelung treffen. Wir sind bestrebt und ich versichere den Vertretern der Volksinitiative, dass wir uns mit allen vier Punkten ihrer Initiative noch mal ausführlich auseinandersetzen werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion gratuliert der Volksinitiative ohne jedes Wenn und Aber.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD,
DIE LINKE und Torsten Renz, CDU)

Mit Beharrlichkeit und wirksamen Protestformen wurde auf der Straße erreicht, wogegen sich die Koalition bis vor Kurzem mit Händen und Füßen gewehrt hatte.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sie ja auch, Sie
haben ja auch keinen Antrag gemacht.)

Beim Thema Straßenausbaubeiträge,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das stimmt doch
gar nicht. Das stimmt doch gar nicht.)

beim Thema Straßenausbaubeiträge

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, hör doch auf!)

betritt dieser Landtag heute nun wirklich keinen jungfräulichen Boden. Wir sollten uns daher kurzfassen, denn es sind Taten und weniger Worte gefragt, vor allem, wenn man den gestrigen Ankündigungen der Koalition Glauben schenken darf.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

Und, Herr Innenminister, es ist ja interessant,

(Andreas Butzki, SPD: Aber
seit wann glauben die LINKEN?)

es ist ja interessant, wenn Sie hier von einem Eckpunktepapier reden, uns allerdings ist ein solches nicht bekannt. Wir erwarten, dass dieses im Innenausschuss auch vorgelegt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Dieser Landtag sollte es zunächst als Glücksfall begreifen, dass außerparlamentarische Initiativen zusammenfallen mit parlamentarischen Debatten und Auseinandersetzungen in diesem Haus. Die Volksinitiative ist also nicht Belästigung, sondern Bereicherung. Wir sollten die Volksinitiative beziehungsweise eine Vertreterin oder einen Vertreter oder mehrere Vertreter zügig in den Innenausschuss einladen.

(Beifall Henning Foerster, DIE LINKE –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Das bringt frischen Wind und politischen Druck in die weitere parlamentarische Debatte.

Meine Damen und Herren, es ist nicht so sehr Verdienst der Volksinitiative, die parlamentarische Arbeit angestoßen zu haben. Ich erinnere an Kleine Anfragen, Gesetzentwürfe, Expertengespräche, Anhörungen oder auch Arbeitsgruppen. Den eigentlichen Verdienst von „FAIRE STRASSE – Volksinitiative gegen Straßenausbaubeiträge in Mecklenburg-Vorpommern“ sehe ich darin, Bewegung in eine festgefahrene politische Diskussion

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und DIE LINKE)

und, wie wir seit gestern wissen, auch einen Durchbruch gebracht zu haben. Der wöchentliche lautstarke Protest vor der Staatskanzlei konnte schon historische Assoziationen wecken. Mit Posaunen, so berichtet das Alte Testament, mit Posaunen also sollen die Israeliten

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD – Zurufe von
Tilo Gundlack, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

um 1.200 vor Christus die Mauern von Jericho

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

zum Einsturz gebracht haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Unsere Staatskanzlei

(Tilo Gundlack, SPD: Ich glaube, da ging es aber
um einen ein bisschen anderen Sachverhalt.)

erstrahlt weiterhin in aller Schönheit,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

es wurden aber politische Blockadehaltungen zum Einsturz gebracht.

(Torsten Renz, CDU:
Das war Ihre Pressemitteilung,
Frau Rösler, die kennen wir doch schon.)

Meine Damen und Herren, ein guter Gesetzgeber sollte sich nicht durch schnelle Antworten auszeichnen, sondern vielmehr durch richtige Fragestellungen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha!)

Das gilt auch für das Problem der Straßenausbaubeiträge.

(Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

Wir haben viele Argumente sowohl für eine Abschaffung als auch für eine Beibehaltung dieser Beitragsform zusammengetragen in den letzten Jahren. Die CDU begründete ihre strikte Ablehnung einer Beitragsabschaffung unter anderem mit der Frage nach denen, die bereits Beiträge gezahlt hätten.

(Torsten Renz, CDU:
Haben Sie da mal ein Zitat für?)

Und Frau Tegtmeyer hat gegen eine Beitragsabschaffung

(Torsten Renz, CDU: Frau Rösler,
haben Sie dafür mal ein Zitat?)

stets die Frage der Werterhöhung der betroffenen Grundstücke gestellt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das alles kann man tun, wir sollten uns aber fragen, warum die Widerstände und Proteste dagegen in den letzten Jahren massiv zunehmen. Wir sollten uns fragen, warum es einer Volksinitiative auch bei uns in relativ kurzer Zeit gelingt, deutlich mehr als die erforderlichen Unterschriften zu organisieren.

(Manfred Dachner, SPD:
Ja, das ist doch positiv, ne?)

Wir sollten uns fragen, warum bundesdeutsche Entwicklungen

(Manfred Dachner, SPD: Das ist doch Teilhabe
an der Politik, und das ist doch gewollt. –
Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

zu eigenen Positionen möglicherweise diametral verlaufen.

(Unruhe bei Manfred Dachner, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, im Rahmen eines Bürgerforums in Bad Doberan

(Andreas Butzki, SPD: Wir sind ja nicht
so ein Blitzmerker wie Sie, Herr Ritter.)

vor knapp zwei Wochen teilte die Ministerpräsidentin mit, den Innen- und Finanzminister gebeten zu haben, aufzuzeigen, was der landesweite Verzicht auf Straßenausbaubeiträge kosten würde. Das ließ aufhören, kam aber reichlich spät. Die Fraktion DIE LINKE hat die Landesregierung mit einem Antrag vom 13. März aufgefordert,

(Sebastian Ehlers, CDU:
Der war auch sehr inhaltsvoll.)

ich zitiere, „in Auswertung der Erfahrungen anderer Bundesländer rechtliche und finanzielle Auswirkungen eines landesweiten Verzichtes auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu prüfen“ und die „Prüfergebnisse dem Landtag bis zum 31. Juli 2018 vorzulegen“.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Und wo sind
sie? – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Wir hätten also deutlich weiter sein können, auch im Interesse der Volksinitiative.

Die Kommunalabgaben sind bekanntlich eine Materie, die stark von der Rechtsprechung durchdrungen ist.

(Tilo Gundlack, SPD: Oh ja!)

Die Kollegin Tegtmeier hat in unserer Juni-Debatte auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 21.06.2018 verwiesen, wonach ein Grundstück durch einen Straßenausbau eine Werterhöhung erfahre. Ich möchte jetzt hingegen die letzte Aussage des Bundesverwaltungsgerichtes zitieren: „Ob und inwieweit sich der zuständige Landesgesetzgeber ... zu einer vollständigen oder teilweisen Abschaffung der Straßenbaubeiträge entschließt, ist eine rechtspolitische Frage, die das Bundesverwaltungsgericht nicht zu bewerten hat.“ Zitatende.

(Tilo Gundlack, SPD: Das wäre ja noch schöner!)

Diese Frage ist seit gestern entschieden, entschieden nicht durch unsere Koalition, sondern trotz dieser Koalition.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Beifall Dr. Ralph Weber, AfD, und
Henning Foerster, DIE LINKE –
Thomas Krüger, SPD: Ach so! Ach so!)

Dafür gebührt der Volksinitiative Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Tilo Gundlack, SPD: Ah! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Meine Damen und Herren, diese Klarheit ist aber auch im Interesse unserer eigenen Arbeitsfähigkeit,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

denn erst, nachdem diese rechtspolitische Frage im Grundsatz geklärt ist, beginnt die eigentliche Arbeit der Gesetzgebung – Stichpunkt „künftige Finanzierungsform“, Stichpunkt „Inkrafttreten“, Stichpunkt „Verteilungsmodalitäten“, Stichpunkt „Änderung der Kommunalverfassung“. Auch jetzt sind erst weiterführende Fragestellungen möglich, aber auch nötig. Warum bis zum Jahr 2020 warten? Warum nicht über eine rückwirkende Inkraftsetzung nachdenken?

(Susann Wippermann, SPD:
Wissen Sie doch noch gar nicht!)

Was ist mit den laufenden Verfahren und was mit bereits abgeschlossenen Planungen? Über all diese und weitere Fragen sollten wir bereits am nächsten Donnerstag mit Vertretern der Volksinitiative im Innenausschuss beraten

(Tilo Gundlack, SPD: Was hat
denn die Planung damit zu tun?)

und uns vor allem auf einen straffen Zeitplan verständigen.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Meine Damen und Herren, diese Volksinitiative war eine Volksabstimmung ganz anderer,

(Tilo Gundlack, SPD: Oh, jetzt kommts!)

aber sehr wirksamer Art. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt ...

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, wir sind am Beginn des heutigen Sitzungstages. Wenn diese Unruhe sich so potenziert, wie sich das jetzt hier andeutet, dann weiß ich nicht, wie wir uns heute Abend überhaupt noch verständigen wollen.

(Andreas Butzki, SPD: Dann sind wir heiser.)

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der CDU den Abgeordneten Herrn Renz.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Salto rückwärts mit
Überschlag. – Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich rede ja des Öfteren hier,

(Tilo Gundlack, SPD: Bis jetzt war es okay. –
Heiterkeit bei Susann Wippermann, SPD)

aber heute will ich Ihnen ganz ehrlich sagen, so zufrieden, wie ich heute persönlich bin – und ich glaube, auch im Namen der CDU-Fraktion sprechen zu dürfen –, war ich lange nicht,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

weil wir sind auch bei diesem Thema mit uns sehr im Reinen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
Freie Wähler/BMV und Harry Glawe, CDU)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

In der Politik gibt es Gegenwind, nicht alle Tage ist Sonnenschein.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Auch wenn wir hier ins Schloss kommen, gibt es unterschiedliche Situationen, was Demonstrationen und so weiter betrifft, aber heute, glaube ich, ist ein guter Tag. Und insbesondere – ich bin heute Morgen schon etwas früher gekommen, da war, glaube ich, erst ein einziger Vertreter der Volksinitiative da, mit dem ich dann kurz ins Gespräch kam –,

(Tilo Gundlack, SPD: Du hast
gedacht, du kommst durch.)

wissen Sie, was mich dort besonders beeindruckt hat?

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wissen Sie, was mich dort besonders beeindruckt hat? Das ist jemand gewesen, bei dem steht keine Straßensanierung morgen, übermorgen an, sondern er hat mir gesagt, seine Straße wurde 1998 saniert. Wenn wir jetzt vom Zustand von Straßen ausgehen, dann können wir wohl alle mal davon ausgehen, dass da noch ein paar Jahre Ruhe sein wird mit Sanierungen. Wenn ich Ihnen dann noch sage, dass dieser ältere Herr, mit dem ich gesprochen habe, schon etwas älter war,

(Tilo Gundlack, SPD: Hast du
gerade gesagt, „älterer Herr“.)

dann glaube ich ...

(allgemeine Heiterkeit – Tilo Gundlack, SPD:
Der ältere Herr, der schon etwas älter war!)

Ich weiß jetzt nicht, was da ... Ach, wenn der ältere Herr etwas älter war, okay.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD und Freie Wähler/BMV –
Patrick Dahlemann, SPD: Es gab auch
einen weißen Schimmel.)

Ja, manchmal tut es gut, Dinge so klar zu benennen, damit Sie das auch verstehen,
meine sehr geehrten Damen und Herren.

(allgemeine Heiterkeit –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Also, was will ich sagen?

(Andreas Butzki, SPD: Oh, jetzt hast du
den Lehrer ganz schön raushängen lassen!)

Wenn jemand dort steht, der aus tiefster Überzeugung in dieser Frage hier
demonstriert, der nicht betroffen ist, weder heute und wahrscheinlich nicht morgen
oder auch nicht übermorgen, dann bin ich noch mehr mit mir im Reinen,

(Tilo Gundlack, SPD: Du gehst
ja hier geläutert raus heute, was?!)

dass das, was wir heute hier tun, was wir debattieren und einer Lösung zuführen
werden, der richtige Weg ist.

(Zuruf von Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Insofern ist heute ein guter Tag für 46.188 Bürger, die hier unterschrieben haben, es ist ein guter Tag für die Volksinitiative. Ich bin mir ganz sicher, dass nicht nur diese 46.188 Bürger, die unterschrieben haben, sich freuen werden, sondern dass es weitaus mehr Menschen in diesem Land sind, die diese Lösung begrüßen.

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

Deshalb ist es ein guter Tag für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und es ist ein guter Tag für die Demokratie in diesem Lande.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Deswegen schließe ich mich all denjenigen an, die die Bürgerinitiative hier gelobt haben. Auch hier von dieser Stelle aus im Namen der CDU-Fraktion meinen Dank, meinen Respekt für das, was Sie für einen Beitrag geleistet haben hinsichtlich der Demokratie.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD –
Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

Wenn wir uns die vier Punkte der Volksinitiative vornehmen,

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

über die wir eines Tages hier auch wieder entscheiden müssen, dann sage ich Ihnen ganz klar, die beiden wesentlichen Punkte, die Sie gefordert haben, unter Punkt 1 die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, werden durch diese Koalition erfüllt.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Andreas Butzki, SPD: Richtig!)

Der zweite wesentliche Punkt,

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

den Sie gefordert haben, mit dem wir uns dann befassen werden und müssen, ist eine klare Positionierung gegen die Einführung einer Kannregelung für zukünftige Maßnahmen.

(Vincent Kokert, CDU: Das war doch die Forderung der AfD.)

Auch hier kann ich sagen, dieser Punkt wird durch die Koalition erfüllt.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Das wolltet ihr doch.)

Zu Punkt 3 und 4,

(Unruhe bei Vincent Kokert, CDU,
Christoph Grimm, AfD, und Dr. Ralph Weber, AfD)

die aus meiner Sicht etwas komplexer sind, will ich Ihnen sagen, der größte Teil, der wesentliche Teil wird durch uns abgearbeitet werden – ob so, wie hier im Detail durch Sie formuliert, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen, aber die wesentlichen Ziele werden wir abräumen im Sinne Ihrer Initiative.

Was mich dann besonders erstaunt – eigentlich erstaunt es mich nicht, weil es, solange ich hier bin, häufig oder fast immer in der Politik so ist, wenn es nachher konkret wird, wenn es um konkrete Umsetzung geht, dann gibt es plötzlich nur noch Gewinner,

(Zuruf von Christel Weißig, Freie Wähler/BMV –
Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

also insofern erstaunt mich das nicht, dass das Ritual hier auch wieder greift. Insbesondere sind mir keine Initiativen oder klare Positionierungen der LINKEN bekannt durch Ihre Antragstellung hier im Landtag, dass Sie für eine Abschaffung sind,

(Sebastian Ehlers, CDU: Richtig!)

aber auch Sie lassen sich oder wollen an dem Tag des Sieges dabei sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oh Mann, oh Mann, oh Mann!)

Die AfD, dass Sie auch noch – ja, wie soll ich sagen – die Dreistigkeit besitzen, hier vorzugehen

(Andreas Butzki, SPD: Den
stärksten Redner ans Pult holen.)

und so zu tun, als wenn Sie schon immer diese Lösung gefordert haben,

(Nikolaus Kramer, AfD: Tun wir doch gar nicht!)

da bin ich,

(Nikolaus Kramer, AfD:
Das machen wir doch gar nicht!)

ja, so gut wie sprachlos. Deswegen will ich an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und den Vertretern der Volksinitiative, damit sie dieser Truppe nicht auf den Leim gehen, und auch den Bürgern, die zuhören,

(Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD:
Oh! – Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

mal deutlich sagen,

(Zuruf von Bert Obereiner, AfD)

welche Position die AfD bisher immer vertreten hat.

(Zuruf aus dem Plenum: Genauso ist es.)

Wenn Sie heute eine Kehrtwende um 180 Grad machen wollen, dann bitte schön, aber bleiben Sie bei den Tatsachen!

(Dr. Ralph Weber, AfD: Salto rückwärts mit
Überschlag! – Zurufe von Christoph Grimm, AfD,
und Stephan J. Reuken, AfD)

Sie haben 2017

(Heiterkeit bei Bert Obereiner, AfD)

Ihre erste Initiative hier gestartet, das ist richtig. Sie haben gefordert die Einführung einer Kannregelung.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig! –
Vincent Kokert, CDU: He, mutig!)

Das wird kategorisch durch die Volksinitiative abgelehnt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und CDU – Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
Vincent Kokert, CDU, Christoph Grimm, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Wenn Sie dann im Jahre 2018,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

am 11.04., Ihren nächsten Gesetzentwurf einbringen, der ja auch unter anderem Gegenstand der Anhörung war im Ausschuss,

(Zuruf von Bert Obereiner, AfD)

und leider kann ich jetzt Herrn Förster von Ihrer Fraktion nicht finden, dem war das nämlich nachher schon ein bisschen unangenehm,

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

dass es überhaupt keine Fürsprecher gab für Ihren Gesetzentwurf und für diese Regelung. Ich bin auch davon ausgegangen, dass Sie demnächst diesen Antrag zurückziehen, weil dieser Antrag nämlich Folgendes beinhaltet. Sie machen eine Problembeschreibung, indem Sie sagen: „Bei Straßen in Wohngebieten erscheint es durchaus gerechtfertigt, wenn Anlieger, die zugleich Hauptnutzer dieser Straßen sind, finanziell von der Kommune beteiligt werden.“

(Andreas Butzki, SPD: Ach! Ach! –
Susann Wippermann, SPD: Ach!)

Klare Aussage! Ich will die inhaltlich nicht werten,

(Andreas Butzki, SPD: Helden!)

ich sage Ihnen nur, Sie können sich heute nicht hinstellen,

(Andreas Butzki, SPD: Helden! –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Bert Obereiner, AfD)

wenn das Ihre Position ist, und anders argumentieren.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das machen Sie doch dauernd, Herr Renz.)

Deshalb bitten Sie dann das Parlament

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

um folgende Lösung, ich zitiere den Gesetzentwurf der AfD: „Deshalb sollten Kommunen selbst über ihre Straßenausbaubeiträge und vor allem über die anteilige Beteiligung ihrer Bürger mitentscheiden.“

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

Das ist die Linie der AfD!

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Andreas Butzki, SPD: Hört, hört! Hört, hört! –
Zuruf von Bert Obereiner, AfD)

Erzählen Sie also nichts anderes!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wenn Sie dann auf eine Kannregelung gehen

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und dafür so vehement für die Bürgerbeteiligung in finanzieller Art kämpfen, dann müssen Sie dazu stehen.

(Christoph Grimm, AfD: Sie haben doch
damals viel schlimmer argumentiert.
Sie wollten gar nichts ändern!)

Mit keinem Wort wird in Ihrem Gesetzestext oder in Ihren Reden darauf hingewiesen, dass das Land sich beteiligen soll.

(Zurufe von Christoph Grimm, AfD,
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Insofern, meine sehr geehrten Herren von der AfD,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Herr Renz,
selbst diesen abgeschwächten Antrag haben Sie
doch in Bausch und Bogen damals abgelehnt.)

bei diesem Thema sind Sie inhaltlich raus.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Renz!

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

Einen Moment, Herr Renz!

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der CDU und AfD –
Vincent Kokert, CDU: Sie haben doch
noch Redezeit. Gehen Sie doch nach vorne! Ich
habe auch noch Redezeit. – Zuruf vonseiten der
Fraktion der CDU: Getroffene Hunde bellen. –
Dr. Ralph Weber, AfD: Jetzt haben wir aber
Angst. – Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das glaube ich sogar. – Unruhe und Heiterkeit
vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD)

So, jetzt haben wir ein gutes Beispiel dafür, wie hier alle aufgepasst haben. Ich habe nämlich um Ruhe gebeten, das ist ja offensichtlich nicht mal durchgedrungen. Ich möchte meinen Hinweis eigentlich nicht noch mal wiederholen, aber ganz offensichtlich ist die Debatte doch so hitzig, dass es jetzt wieder mit der Zahl der Zwischenrufe dahin kommt, dass der Redner nicht mehr in seiner Argumentation zu verstehen ist. Es ist hier zu Recht – wenn auch unzulässigerweise – darauf hingewiesen worden, dass hier jeder noch Redezeit hat. Wenn dann also der dringende Bedarf besteht, ist hier die Möglichkeit, den Redner anzumelden. Aber ich bitte doch jetzt, den Rest der Debatte so diszipliniert zu absolvieren, dass der Redner jederzeit zu verstehen ist.

Bitte schön, Herr Renz, Sie können fortfahren.

Torsten Renz, CDU: Danke schön, Frau Präsidentin!

Ja, meine sehr geehrten Herren von der AfD, die Wahrheit ist bitter.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Die ist bitter wie Medizin, aber sie hilft.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und CDU – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wenn die BMV zum heutigen Tage jetzt auch so tut, als wenn Sie schon immer dafür waren als Personen, dann bin ich schon gespannt auf Ihre Ausführungen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Nach meinem Erkenntnisstand ist es so, dass Sie 2017 Mitglied der AfD-Fraktion waren und genau für diese Kannregelung gekämpft haben. Insofern bin ich schon gespannt, wie Sie Ihren Erkenntnisprozess dann nachher hier darstellen werden. Ob er einzig und allein darauf zurückgeht, dass Sie sich jetzt „Freie Wähler“ nennen, das weiß ich nicht, das will ich Ihnen auch nicht unterstellen.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Warten Sie ab!)

Ich bin schon auf eine gut ausgetüftelte Argumentationskette Ihrerseits gespannt.

Ich möchte an dieser Stelle der Koalition, den Fraktionen danken, weil die Fraktionen sind jetzt die Initiatoren, die die Lösung in diesem Parlament auf den Weg bringen werden. Diese Koalition handelt aus meiner Sicht verantwortungsvoll, weil es gibt unterschiedliche Dinge, die wir bei unseren Lösungen berücksichtigen müssen. Ich gehe davon aus, dass auch die Initiatoren der Volksinitiative eine gleiche Zielstellung haben wie wir, nämlich, dass in diesem Land notwendige Straßensanierungen weiter stattfinden müssen und werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Aus diesem Grunde handeln wir, wie wir handeln.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und wenn gesagt wird vonseiten der LINKEN, Eckpunkte sind nicht bekannt, dann will ich Ihnen sagen, die Grundlage unserer weiteren Schritte sind tatsächlich konkrete Eckpunkte,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Ja, wo sind sie denn?)

und wenn Sie die nicht kennen,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Und welche denn?)

dann werde ich Ihnen die kurz vorstellen.

Erste Kernaussage ist: Die Straßenausbaubeiträge werden abgeschafft.

Zweite Aussage: Wir werden Geld an die Kommunen runterreichen in Form einer Investitionspauschale bezogen auf Gemeindestraßenkilometer.

Dritte Grundaussage: Zur Finanzierung werden wir die Grunderwerbssteuer von fünf auf sechs Prozent anheben.

Vierte und letzte Grundaussage: Wir werden über die Neuregelung und über Übergangslösungen, weil die sich sehr komplex darstellen, mit den kommunalen Spitzenverbänden, Städte- und Gemeindetag und Landkreistag, sprechen, diskutieren und vernünftige Lösungen dann dem Landtag hier vorlegen.

Das ist die Grundlage unseres Handelns. Das sind unsere vier Eckpunkte.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ja konkret, ist das ja!)

Insbesondere die Komplexität von Übergangslösungen sage ich Ihnen voraus.

Ich weiß, Frau Rösler, Sie sehen das auch so,

(Andreas Butzki, SPD: Hat sie ja gesagt.)

und deswegen möchte ich Sie recht herzlich dazu einladen. Insbesondere bei diesem Punkt liegt viel Arbeit vor uns, und das werden wir in verantwortungsvoller Art und Weise für dieses Land als CDU und SPD angehen. Ich lade Sie ein, uns auf diesem Weg zu begleiten im Sinne der Volksinitiative.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben, und kündige schon mal einen zweiten Redebeitrag an, der sich dann noch einmal inhaltlich mit speziellen Dingen befassen wird. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Herr Borschke.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Opposition ist eben nicht Mist, auch wenn die Regierungskoalition die Abschaffung der Straßenausbaugebühren als Erfolg ihrer Politik verbuchen will

(Andreas Butzki, SPD: Wir haben nicht von Gebühren, sondern von Beiträgen gesprochen, Herr Borschke. Gebühren sind was anderes.)

und die erfolgreiche Volksinitiative als besten Beweis funktionierender Demokratie und Mitbestimmung für sich reklamiert.

(Andreas Butzki, SPD: Ja, Jurist bleibt Jurist. –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion war die einzige hier im Landtag, die konsequent und zuletzt mit einem eigenen Entwurf

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

die vollständige Streichung des Paragraphen 8 KAG ohne Wenn und Aber gefordert hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV –
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Ganz genauso war das. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich hoffe, diesmal kriegt auch der NDR das mit, denn die Straßenausbaubeiträge, meine Damen und Herren, sind zutiefst ungerecht. Kosten der allgemeinen Daseinsvorsorge werden zwangsweise von Bürgern erbracht, die zufällig Grundstückseigentümer an den entsprechenden Straßen sind.

(Tilo Gundlack, SPD, und
Martina Tegtmeier, SPD: Zufällig!)

Darüber hinaus gibt es weitere Ungerechtigkeiten im System. Während nämlich Vermieter die Straßenausbaubeiträge als Werbungskosten geltend machen können, kann ein privater Grundstückseigentümer, also auch ein Unternehmer, steuerlich überhaupt nichts absetzen, denn die Straße gehört ihm ja nicht. Positive Entscheidungen der Finanzgerichte zur Absetzbarkeit der in den Straßenausbaubeiträgen enthaltenen Lohnkosten wurden trotz Rechtskraft zum Beispiel durch einen sogenannten Nichtanwendungserlass des Bundesfinanzministeriums vom 09.11.2016 kassiert. So viel an dieser Stelle zum Thema Gewaltenteilung und Bindung der Verwaltung an Gesetze und Urteile der höchsten Gerichte des Landes. Mit diesem bezeichneten Erlass wurde festgelegt, dass Straßenausbaubeiträge eben nicht als haushaltsnahe Handwerkerleistungen geltend gemacht werden können.

Der systemische Widerspruch zeigt sich auch in einem äußerst aktuellen Urteil des Bundesfinanzhofes. In einem Verfahren wegen der steuerlichen Anerkennung eines Baukostenzuschusses an die Gemeinde hat der BFH entschieden, dass Steuerpflichtige nicht berechtigt sind, Steuerermäßigungen für Handwerkerleistungen in Anspruch zu nehmen. Die Begründung – und jetzt kommt es –, weil der Ausbau ja schließlich allen Nutzern zugutekommt. Der Kern dieser Entscheidung widerlegt die gängige Argumentation, der Anlieger erlange mit dem Straßenausbau einen wesentlichen persönlichen Vorteil, insbesondere erfahre sein Grundstück einen erheblichen Wertzuwachs.

Ein weiterer Gesichtspunkt: Aus Sicht der Freien Wähler/BMV ist schon die Finanzausstattung der Kommunen verfassungswidrig,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

denn in steigendem Maße können sie nur unter Schwierigkeiten, wenn überhaupt, ihre Pflichtaufgaben erfüllen. Darauf hatte der Städte- und Gemeindetag des Landes immer wieder hingewiesen. Diese Lage hat auch eine weitere schwerwiegende

Konsequenz: Selbst wenn die Kommunen über entsprechende Satzungen den Anliegern bis zu 90 Prozent der Gesamtkosten überbürden könnten, betreiben sie trotzdem keinen Straßenausbau, denn aufgrund der Kassenlage können sie mitunter nicht einmal den Eigenanteil in Höhe von 10 Prozent aufbringen. Nicht zuletzt werden circa 40 Prozent der erhobenen Beiträge bereits durch den mit der Erhebung verbundenen Verwaltungsaufwand aufgefressen. Außer Betracht bleiben die Folgekosten durch juristische Auseinandersetzungen wegen fehlerhafter Satzungen und/oder Bescheide.

Wie also soll der Straßenausbau der Kommunen finanziert werden? Ganz einfach: durch das allgemeine Steueraufkommen und die Mechanismen des Finanzausgleichs auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Wenn man den Äußerungen der Vertreter der Koalition folgen darf, sollen den Kommunen für den Straßenausbau Mittel in einer Größenordnung von 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Diese Zahl lässt sich auch in der Begründung zu unserem Gesetzentwurf vom 13.06.2018 wiederfinden.

Für alle zur Erinnerung: Für die Finanzierung des Ganzen hatten wir vorgeschlagen, sie über Sonderfinanzzuweisungen oder über den kommunalen Aufbaufonds Mecklenburg-Vorpommern zu sichern.

(Thomas Krüger, SPD: Und wo kommt das Geld her? Wo soll das Geld herkommen?)

Es ist also äußerst erfreulich, dass die Landesregierung zwischenzeitlich erwägt, die Straßenausbaubeiträge gänzlich abzuschaffen, und auch unser Zahlenwerk übernimmt. Die Landesregierung sollte bei ihren Erwägungen zur Gegenfinanzierung jedoch in Betracht ziehen, dass die Belastungen der Bürger mit Steuern und Abgaben bereits hoch genug sind. Bund und Länder erzielen seit Jahren Einnahmeüberschüsse. Folgt man den aktuellen Medienberichten zur Kassenlage der Länder, so haben diese allein in den ersten drei Quartalen des Jahres über 20 Milliarden mehr an Steuereinnahmen erzielt.

Der Städte- und Gemeindetag hatte hierzu einen hilfreichen Hinweis gegeben: Die Mittel für die Finanzierung des Straßenausbaus sollten zentral gebündelt und nicht über viele einzelne Fördertöpfe verteilt werden. So könnten die Mittel der Kommunen zum Beispiel über eine feste Investitionspauschale zufließen. Dies dient der vollständigen Transparenz und der Beschleunigung des Straßenausbaus im Lande. Abgesehen davon wird ein erheblicher Verwaltungsaufwand wegfallen. Personal kann für andere Dienstleistungen am Bürger freigesetzt werden.

Es ist an der Zeit, den Bürgern ihren Beitrag an die Allgemeinheit durch Infrastruktur zurückzugeben und damit die Lebensqualität in Mecklenburg-Vorpommern grundsätzlich zu erhöhen. Die Volksinitiative FAIRE STRASSE erhält unsere volle Unterstützung.

An dieser Stelle möchte ich mich auch noch mal ausdrücklich bei der Volksinitiative bedanken und weise noch mal darauf hin, eine vernünftige starke Opposition im Landtag ist außerordentlich wichtig.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Andreas Butzki, SPD: Mit vier Leuten.)

Meine Damen und Herren, alles, was hier im Landtag passiert, ist das Produkt einer Wahlentscheidung,

(Patrick Dahlemann, SPD: Na, Sie ja nun nicht.)

und darum bitte ich Sie, passen Sie auf, wem Sie Ihre Stimme geben!

(Andreas Butzki, SPD: Du willst doch in der
Opposition bleiben, hast du gerade gesagt.
Du willst doch in der Opposition bleiben.)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort ...

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mir doch wenigstens die Möglichkeit, den nächsten Redner aufzurufen, bevor wir dann wieder in die Debatte eintreten.

Ich rufe auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Grimm.

Christoph Grimm, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist sehr erstaunlich, wie doch hier die beiden Fraktionen von SPD und CDU argumentieren, mit welcher Chuzpe Sie hier heute eine 180-Grad-Wende eigentlich vollziehen

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und dabei suggerieren, dass Sie selbst zur Besinnung gekommen sind und aus Ihrer eigenen Überlegung plötzlich einen neuen Weg gefunden haben. Das ist ja gar nicht an dem.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Tatsache ist, es war der Druck von der Straße, der Sie zu diesem Sinneswandel bewegt hat. Wir selbst haben es hier vom Schloss aus hören können,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, Sie waren ja auch
nicht häufig da. Sie waren ja auch nicht
häufig da bei der Bürgerinitiative.)

an jedem Dienstag die Vuvuzelas vor der Staatskanzlei, das war es und es war die Volksinitiative. Und ich kann mich Frau Rösler nur mit vollem Herzen anschließen,

(Andreas Butzki, SPD: Mit vollem Herzen! –
Ministerin Stefanie Drese: Da ist
nicht viel drin, in dem Herzen.)

wir von der Alternative für Deutschland gratulieren dieser Volksinitiative zu ihrem Erfolg.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Sebastian Ehlers, CDU: Waren Sie denn
mal da? – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Herr Renz, das einzig Gute, was Sie gesagt haben,

(Torsten Renz, CDU: Dass die Straßen-
ausbaubeiträge abgeschafft werden.)

dass Sie den Tag heute begrüßen und es für einen großen Erfolg für die Menschen,
aber auch für die Demokratie halten, da schließe ich mich an.

(Torsten Renz, CDU: Das ist ein langer Satz.)

Wir als AfD haben ja auch schon immer versucht, die Demokratie zu stützen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Andreas Butzki, SPD:
Das haben wir doch gehört vorhin. –
Martina Tegtmeier, SPD: Ja, genau.)

Die vom Volk ausgehenden Initiativen, das werden Sie uns zugestehen müssen, und
jetzt ...

(Patrick Dahlemann, SPD: Man legt sich
das immer so hin, wie man es braucht. –
Der Abgeordnete Bernhard Wildt
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich werde das jetzt nicht zulassen, kann ich gleich vorweg ...

(Torsten Renz, CDU: Fanden Sie denn meinen Satz, dass die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden, nicht gut?)

Ja.

(Torsten Renz, CDU: Das war nur ein Satz.)

Ich kann Ihnen aber nur sagen, wenn Sie zitieren und wenn Sie auf uns eingehen, dann machen Sie es bitte vollständig!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Das sollte ein Lehrer können. – Andreas Butzki, SPD:
Das hat doch Herr Lerche schon gemacht. Der hat sich selber zitiert.)

Es war einer meiner ersten Auftritte hier in diesem Hohen Hause, da habe ich gesagt, die besten Straßenausbaubeiträge sind diejenigen, die nie erhoben werden. Das haben Sie hier unterschlagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: War das die Rede, die Ihr Mitarbeiter geschrieben hat, oder welche Rede war das?)

Also wir wollten den Weg natürlich auch gehen, dass es irgendwann mal zur Abschaffung, zur völligen Abschaffung kommt.

(Torsten Renz, CDU: Hätten Sie das in den Gesetzentwurf mal reingeschrieben!)

Wir haben auf dem Weg dahin wenigstens eine Stufe gehen wollen; und das war unsere Kannbestimmung,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

die wir ins KAG haben reinschreiben lassen wollen. Aber Sie haben nicht mal dabei mitgemacht. Das ist ja nur eine Stufe gewesen.

(Andreas Butzki, SPD: Weil wir schon damals weiter waren.)

Sie haben das alles abgelehnt. Sie wollten die Bürger weiter ausquetschen; und das machen Sie heute auf anderen Gebieten auch noch. Ihre Lösung, das mit Steuern weiter gegenzufinanzieren, spricht auch dafür, dass Sie die Bürger nicht entlasten wollen. Das muss ich auch kritisieren an Ihrem Entwurf.

(Andreas Butzki, SPD: Haben Sie sich mal die Verteilung der Grunderwerbssteuer angeguckt?)

Die Situation gerade der Bürger in unserem Lande ist doch so, dass diese nach einer finanziellen Entlastung geradezu lechzen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Allgemeine Steuern werden auch irgendwo aufgebracht und bezahlt. Was ist denn das für eine Logik?!)

Unsere Menschen haben das geringste Einkommen in der ganzen Republik, das wissen Sie.

(Thomas Krüger, SPD: Aber das Geld fällt nicht vom Himmel. Das wissen Sie auch, ne?! –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Wir zahlen die zweithöchsten Steuern in Europa nach den Belgiern, wir haben das höchste Renteneintrittsalter, wir haben das niedrigste Rentenniveau,

(Thomas Krüger, SPD: Wo ist Ihre Lösung?)

wir haben das niedrigste Pro-Kopf-Vermögen, wenn es um den Medianwert geht,

(Thomas Krüger, SPD: Wo ist Ihre Lösung?

Wo kommt das Geld her?)

und wir haben, ich sage es einmal mehr, die höchsten Strompreise der Welt.

(Andreas Butzki, SPD:

Warum sind Sie überhaupt nach
Mecklenburg-Vorpommern gezogen?)

Und, was neu ist, nach einem WHO-Gutachten haben wir auch noch die niedrigste Lebenserwartung.

(Thomas Krüger, SPD:

Okay, und wo ist Ihre Lösung?)

Also entlasten Sie unsere Bürger!

(Thomas Krüger, SPD:

Und wo kommt das Geld her?)

Das ist es, was meine Lösung ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –

Andreas Butzki, SPD: Was ist denn das für

eine Lösung?! – Thomas Krüger, SPD:

Ah, Geld fällt vom Himmel! –

Dr. Ralph Weber, AfD: Die Lösung kommt
nachher von mir, und die kennen Sie ja schon.)

Wenn Sie sagen, Sie hätten damals von Schleswig-Holstein abgeschrieben, dann muss man sich doch fragen: Warum haben Sie das denn gemacht? Also eine gute Idee war das nicht.

(Zurufe von Elisabeth Aßmann, SPD,
und Maika Friemann-Jennert, CDU)

Und es ist, wie gesagt, nicht richtig, wenn Sie jetzt hier sagen, Sie haben es schon immer so geplant oder so gewollt.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Schlecht ist die Kaltschnäuzigkeit, mit der Sie die Menschen hier behandeln. Bitte entlasten Sie unsere Bürger stärker!

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Egbert Liskow, CDU)

Und zu den Volksinitiativen kann ich nur sagen oder an die Bürger unseres Landes kann ich nur appellieren: Bildet mehr Volksinitiativen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Steht mit der Vuvuzela vor der Staatskanzlei und demonstriert für niedrigere Strompreise! Das ist das Nächste, was auf der Agenda hier stehen muss. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Maika Friemann-Jennert, CDU: Dann erklären
Sie mal, dass das Geld vom Himmel fällt!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste und Mitbürger! Natürlich möchte ich mich ausdrücklich auch noch mal bei den Freien Wählern bedanken,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD –
Zuruf von Christian Brade, SPD)

die die Volksinitiative gestartet haben.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Also bei
sich selbst wollen Sie sich bedanken.)

Das ist natürlich jetzt ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Borschke
konnte das ja nicht machen, der
will ja nicht Freier Wähler sein.)

Das ist der Punkt, den müssen Sie mir jetzt gönnen. Es waren die Freien Wähler, die die Bürgerinitiative gestartet haben.

(Torsten Renz, CDU: Da stehen drei Namen,
da steht nichts von Freien Wählern.)

Da stehen drei Namen und zwei davon sind im Vorstand der Freien Wähler. Herr von Westarp ist ja sogar auch anwesend. Also das ist ein Punkt, den kann man jetzt ablehnen, aber für uns ist er wichtig.

(Torsten Renz, CDU: Also ist es
keine Initiative des Volkes gewesen.)

Natürlich, 45.000 Unterschriften, das haben Sie selbst gesagt, das muss man erst mal hinkriegen, die zu sammeln.

(Torsten Renz, CDU: Dann können Sie
doch nicht sagen, die Freien Wähler
haben die Initiative gemacht!)

Das ist auch ein großer Erfolg für die Demokratie in diesem Lande. Das ist natürlich ganz wichtig.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!
Sehr richtig! – Vincent Kokert, CDU:
Das haben Sie ja von mir zitiert.)

Als Zweites, Herr Kokert und Herr Renz, möchte ich gern mal Ihnen gratulieren. Sie haben einen wunderbaren Bundestagsabgeordneten namens Rehberg, und wer solche Parteifreunde hat,

(Ministerin Stefanie Drese:
Der braucht keine Feinde mehr.)

der braucht im Grunde genommen gar keine Gegner mehr,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD,
CDU, DIE LINKE, Freie Wähler/BMV
und auf der Regierungsbank)

denn er macht Ihnen nun Ihr eigenes Ergebnis, wofür Sie sich gerade so beweihräuchert haben, schon wieder kaputt, indem er kritisiert, dass die Grunderwerbssteuererhöhung das Baukindergeld konterkariert, und damit eigentlich deutlich kritisiert, auf welche Art und Weise Sie das Ganze finanzieren möchten.

(Torsten Renz, CDU: Wir haben da
eine andere Auffassung, Herr Wildt.)

Bei diesem Punkt schließe ich mich auch tatsächlich mal an, Herr Renz.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD,
Peter Ritter, DIE LINKE, und
Minister Harry Glawe)

Ich möchte noch mal über die Finanzierung der ganzen Angelegenheit reden. Herr Innenminister hat uns ja auch ganz ausdrücklich angeschaut, als er um kluge Vorschläge gebeten hat. Natürlich, Herr Innenminister, werden Sie die klugen Vorschläge wieder bekommen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Der sieht sie doch gar nicht!)

Wir möchten auch gern noch mal über das Thema Grunderwerbssteuer mit Ihnen reden, denn wir stellen natürlich, denke ich mal, gemeinsam fest, es gibt unterschiedliche Erwerber in unserem Bundesland. Es gibt die normalen Häuslebauer, die junge Familie, die ein Haus kauft, eine Wohnung kauft und sich damit eine Altersversorgung aufbaut. Es gibt aber auch die Investoren, die über den Share Deal große Pakete erwerben

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt.)

und überhaupt keine Grunderwerbssteuer bezahlen. Darüber möchte ich im Finanzausschuss noch mal ausführlich mit Ihnen reden.

(Andreas Butzki, SPD: Auf jeden Fall. –
Vincent Kokert, CDU: Gern.)

Ich glaube, dass ich da auch offene Türen einrenne bei der SPD, und ich hoffe, dass die CDU das vielleicht noch einen Tick besser hinkriegt, als es im Moment in ihrem Eckpunktepapier drinsteht.

(Vincent Kokert, CDU: Wenigstens
mal ein konstruktiver Vorschlag! –
Thomas Krüger, SPD: Finde ich
auch, können wir drüber reden.)

Ein weiterer wichtiger Punkt, auch da werden wir uns beteiligen: Wie kriegen wir die Übergangsregelung hin und wie bekommen wir vielleicht auch noch eine Härtefallregelung für die Vergangenheit hin? Das sind zwei ganz konkrete Vorschläge, nein, drei ganz konkrete Vorschläge.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

So kennen Sie uns und so werden wir auch weiter mitarbeiten. Wir sind stolz auf diesen Moment heute, auf diese Volksinitiative und unseren Antrag der BMV.

(Andreas Butzki, SPD: Und auf die Koalition.)

Das müssen Sie uns jetzt gönnen. Ich will auch gar nicht wissen, wer jetzt wann was genau gesagt hat.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Die Argumente haben geholfen, die Koalition ist darauf eingestiegen, das ist doch wunderbar.

(Vincent Kokert, CDU: So ist es.)

Da brauchen wir jetzt nicht jahrelang zu gucken, wer mal wann was genau gesagt hat,

(Vincent Kokert, CDU: Da haben
Sie völlig recht, Herr Wildt.)

und das auch noch vorzulesen, wäre ja geradezu albern. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen! Liebe Gäste und liebe deutsche Landsleute! Auch ich möchte zunächst mal damit beginnen, dass ich sage: Das war heute und ist heute eine Sternstunde des Parlaments, weil wir endlich mal wieder eine erfolgreiche Volksinitiative hier haben,

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

die es trotz aller überflüssigen und viel zu hohen Hürden geschafft hat, hier im Parlament anwesend zu sein und mit ihrem Anliegen Gehör gefunden zu haben.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das ist richtig verstandene Demokratie, direkte Demokratie, von der wir noch viel zu wenig haben, die wir umgesetzt haben. Das ist unsere Dauerforderung:

(Andreas Butzki, SPD:
Das haben wir gestern gehört.)

Fragt das Volk, wenn ihr einschlägige Änderungen vornehmt!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Heute ist das geschehen und das ist lobenswert.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Vielen Dank für die Volksinitiative „Faire Straße“! Das war mir ein Herzensanliegen.

Herr Renz, Sie hatten gesagt, Sie hatten eingeladen, wir sollten Ihrem Weg folgen. Ich weiß nicht, ob Sie damit den Weg der CDU oder der Regierungskoalition meinen.

Dann müssen wir sagen, dazu braucht man kunstturnerische Fähigkeiten, wenn man Ihnen folgen will bei dem Salto rückwärts mit Überschlag,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

den Sie hier dargelegt haben, bei vielen Pirouetten, mit denen Sie Ihre ablehnende Haltung bis vor einer Woche verbrämt haben,

(Torsten Renz, CDU: Wir als CDU haben
immer gesagt, ergebnisoffen diskutieren wir.
Gucken Sie mal in die Pressemitteilungen!)

und jetzt plötzlich sich die Fahne aufstecken, weil Sie zum Jagen getragen wurden durch eine Volksinitiative.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Sich jetzt das Fähnchen anzuhängen, Sie waren ja schon immer gegen Straßenausbaubeiträge – Sie waren mitnichten dagegen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Alle Anläufe, die hier im Parlament dazu bisher gestartet wurden, sind an der, ja, trägen Masse der Regierungskoalition gescheitert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Torsten Renz, CDU: Meinen Sie
jetzt Ihre Kannregelungen? –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Der Kollege Grimm hat es zu Recht schon angedeutet: Wenn Sie vorlesen, das können Sie als Lehrer, dann sollten Sie aber vollständig lesen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir hatten immer deutlich gemacht – das war in der Begründung des Antrages und das kam in den Plenardebatten eindeutig immer zum Ausdruck –, unsere Kannregelung war verstanden als ein erster Schritt mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall Christoph Grimm, AfD)

Hätten Sie im Plenarprotokoll nachgelesen, dann hätten Sie es besser gewusst. Und dass die SPD sich jetzt hier ein bisschen so aufführt auf dem Weg zur künftigen 5-Prozent-Partei, das kann ich ja sogar ein Stück weit nachvollziehen.

(Torsten Renz, CDU: Wollen Sie denn mit
Trippelschritten alle halbe Jahre was machen?! –
Zurufe von Elisabeth Aßmann, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

Dem Innenminister, der im Moment für mich nicht erkennbar hier ist, möchte ich dafür danken, dass er einen Finanzierungsweg vorgeschlagen hat, der immerhin einen gewissen Gerechtigkeitsgrad in sich trägt. Denn diejenigen, die Grunderwerbssteuer zahlen, profitieren in der Masse von ausgebauten Straßen, ob sie nun neu gebaut werden oder ob sie sich durch Kauf an eine schon vorhandene Straße ansiedeln. Da sind gewisse Ungerechtigkeiten auch noch spürbar, zum Beispiel bei landwirtschaftlichen Grundstücken und so weiter, aber immerhin hat es einen gewissen Gerechtigkeitswert.

Und weil Sie von der SPD ja immer danach schreien, wo unsere Alternativen sind – die kennen Sie, Sie wollen es doch wieder hören, dann hören Sie es jetzt: Wenn ich sehe, wie viele Millionen den „Goldstücken“ in den Rachen geworfen werden, die hier in unser Land ungebeten kulturfremd einsiedeln,

(Thomas Krüger, SPD: Hat lange gedauert. –
Zuruf von Christian Brade, SPD)

bei denen Sie vorhaben, aus analphabetisierten Horden künftige Facharbeiter herzustellen,

(Zurufe vonseiten der Fraktion
der SPD: Oh, oh, oh!)

die im Moment unsere Sozialsysteme plündern,

(Elisabeth Aßmann, SPD: Widerlich! –
Zuruf von Christian Brade, SPD)

wenn ich gleichzeitig sehe, wie früher Eltern damit abgespeist wurden, wenn es um den Ausbau der Schulgebäude ging, dass sie selbst Hand anlegen sollen, weil nicht genug Geld in den Staatskassen sei,

(Minister Dr. Till Backhaus: Unerträglich ist das!)

und jetzt plötzlich jedes Jahr 30 Milliarden für unsere „Neubürger“ – in Führungszeichen – vorhanden sind,

(Minister Dr. Till Backhaus: Unerträglich ist das!)

dann wissen Sie, wie man das alles finanzieren könnte, indem man diese ganzen Kosten reduziert,

(Thomas Krüger, SPD: Was Sie darüber
schon alles finanzieren wollten!)

illegale Migranten zielgerichtet abschiebt und so weiter. All das hatten wir in der Haushaltsdebatte beantragt, es ist hier alles abgelehnt worden. Sie wollen es doch immer wieder hören mit Ihren Rufen „Wie wollen Sie das finanzieren?“,

(Elisabeth Aßmann, SPD:
Wir wollen Sie gar nicht hören!)

dann sollen Sie es eben auch hören.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Dritter und letzter Punkt: Ab dem Jahr 2020 sollen die Straßenausbaubeiträge entfallen. Sehr schön, sehr lobenswert, allerdings ...

(Torsten Renz, CDU: Spätestens!)

Spätestens, ja.

... werden bis zum Jahr 2020 – das wurden sie die ganze Zeit und werden es für 2019 –

(Torsten Renz, CDU: Deswegen
Punkt 4 des Eckpunktepapiers.)

weiterhin entsprechende Beiträge erhoben. Darin liegt eine zeitliche Ungerechtigkeit, auf die ich jetzt mal hinweisen möchte. Sie hatten ja eine Übergangslösung in Aussicht gestellt, und da gebe ich dem Innenminister recht, die wird sicherlich juristisch nicht ganz einfach umzusetzen sein. Wir werden das konstruktiv begleiten,

(Vincent Kokert, CDU: Jaja. –
Thomas Krüger, SPD: Ja, das
kennen wir, das kennen wir.)

möchten aber gleichzeitig darauf hinweisen, wir werden sehr genau verfolgen, ob Straßenausbauvorhaben im Jahr 2019 deutlich steigen werden,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU –
Heiterkeit bei Ministerin Stefanie Drese)

damit noch entsprechende Beiträge von den Anwohnern abkassiert werden können. Und sollte das der Fall sein, dann werden wir entsprechenden Druck ausüben, um solche zeitlichen Ungerechtigkeiten zu verhindern.

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Ansonsten, wie gesagt, wünsche ich Ihnen, Herr Innenminister, ein glückliches Händchen für die Übergangslösung und biete jetzt schon die Hilfe der AfD-Fraktion in vollem Umfang an.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Minister Harry Glawe)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Professor Dr. Weber, den Ausdruck „analphabetisierte Horden“ bewerte ich als diskriminierend, und zwar pauschaldiskriminierend für ganze Bevölkerungsgruppen, und weise ihn in dem Moment als unparlamentarisch zurück, kündige aber gleichzeitig an, dass ich im Wiederholungsfall einen Ordnungsruf aussprechen werde.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Danke schön.)

Sie haben auch diese Äußerung nicht zu kommentieren, auch das ist ordnungsrufwürdig, und ich glaube, das ist nicht so schwer zu verstehen als Rechtsmaterie.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das provoziert er ja bewusst.)

Ich rufe auf für die Fraktion der CDU den Abgeordneten Herrn Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit sich das nicht manifestiert, will ich noch mal deutlich sagen, in unserem Eckpunktepapier steht, dass bis spätestens 01.01.2020 eine Abschaffung der Beiträge erfolgt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Es ist mir ganz wichtig, das noch mal klarzustellen. Klar werden wir sehen, was jetzt in der Praxis passiert. Ich glaube, Herr Professor Weber, wir werden in 2019 nicht sprunghaft ansteigende Investitionen haben, weil die Praxis, die Realität ganz anders aussieht.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Hoffen wir mal!)

Im Gegensatz zu manch anderem ist es so, dass in den Kommunen planmäßig gearbeitet wird, und das bedeutet einen entsprechenden Planungsvorlauf – Ausschreibung, Umsetzung und so weiter. Ich kann mir nicht vorstellen, wie innerhalb von zwei, drei Monaten da alles Mögliche außer Kraft gesetzt wird, um möglicherweise explodierende Investitionen auf den Weg zu bringen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Schauen wir mal!)

Dann haben wir das nächste Problem in der Praxis, dass die Kosten explodieren, weil auch kaum noch Firmen sich an Ausschreibungen beteiligen, weil die Auftragslage einfach so gut ist und wir auf der anderen Seite das Thema Fachkräftemangel haben. Das sind Dinge, die mich dazu bringen zu prognostizieren, dass sich zumindest nicht in den nächsten zwei, drei Jahren explosionsartig die Situation, was die Anzahl der Investitionen betrifft, ändern wird.

Ich komme aus der Stadt Güstrow, da haben wir maximal zwei Straßeninvestitionen, die zur Umsetzung kommen im Jahr. Damit ist auch die Bauverwaltung und alles, was ich eben beschrieben habe, vollkommen ausgelastet. Insofern glaube ich es im Moment nicht, ich kann es natürlich nicht zu hundert Prozent ausschließen. Sollte

sich perspektivisch eine andere Entwicklung ergeben, dann sind wir natürlich als Politik gefordert, entsprechend zu reagieren und gegenzusteuern.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Wunderbar, alles verstanden!)

Mir liegt es besonders am Herzen, hier noch mal ein paar Dinge zu sagen zum Thema Finanzierung.

Es gibt also Leute, die stellen sich hin und sagen, das geht uns alles nichts an, wir geben das runter an die Kommunen, die sollen dann selbst entscheiden, wie sie die Bürger beteiligen. Da haben wir von Anfang an gesagt, das ist nicht unsere Lösung. Wir haben auch als CDU immer gesagt, wenn Sie von mir oder anderen Zitate finden sollten, wo etwas anderes steht, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir das mal zuleiten würden, weil wir immer gesagt haben, unsere Diskussionen zu diesem Thema werden ergebnisoffen geführt.

(Vincent Kokert, CDU: So ist das.)

Wir waren also nie festgelegt.

(Vincent Kokert, CDU: Genauso war es,
Professor Weber, das brauchen
Sie uns gar nicht vorzuhalten!)

Welche innere Hoffnung der Einzelne hatte, kann ich nicht sagen. Meine könnte ich sagen, aber ich glaube, durch meinen ersten Satz heute Morgen wird schon deutlich, welche Intention ich immer persönlich hatte.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Aber wenn es jetzt um die Finanzierung geht und die Kritiker kommen, verstehe ich einige Kritiker so, die schreiben das ja auch ganz deutlich auf: „Abschaffung Straßenausbaubeiträge – sind sie dabei?“, aber diese Art der Finanzierung passt

ihnen nicht. Ich sage mal, wenn das der einzige Kritikpunkt ist und ich die Volksinitiative besonders im Visier habe mit der Zielstellung Nummer eins, „Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“, dann haben wir zumindest erst mal schon alles richtig gemacht. Es gibt jetzt durchaus Vorschläge, die vielleicht ergänzend noch in die Diskussion einfließen sollten, aber auf der anderen Seite will ich Ihnen sagen, wenn prognostiziert wird von dem einen oder anderen Akteur, dass der Weltuntergang bevorsteht,

(Tilo Gundlack, SPD: Schon wieder!)

weil wir jetzt die Grunderwerbssteuer erhöhen, dann sage ich Ihnen aus Erfahrung, ich war schon mal 2012 ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Renz, gestatten ...

Torsten Renz, CDU: ... hier im Landtag.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also einmal habe ich es jetzt übergangen, aber wir haben hier eine Geschäftsordnung, Herr Renz. Also stelle ich Ihnen die Frage, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Grimm zulassen, ...

Torsten Renz, CDU: Ich bin mir jetzt keiner Schuld bewusst.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... die Sie bitte beantworten.

Torsten Renz, CDU: Ich habe einfach mal mit der Hand, ich habe gar nichts gesagt.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ach ja?! Gut.

Torsten Renz, CDU: Aber sehr gern gestatte ich jetzt eine Anfrage, Frau Präsidentin, wenn Sie mich fragen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gut, okay.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Christoph Grimm, AfD: Sehr geehrter Herr Renz, wenn Sie sagen, Sie hätten von Anfang an ergebnisoffen in diesem Parlament über die Frage der Straßenausbaubeiträge sprechen wollen, wäre es dann nicht konsequent gewesen, unseren Antrag in den Ausschuss zu überweisen?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Torsten Renz, CDU: Nein, auf keinen Fall. Ich glaube, in meinem ersten Redebeitrag die Zielrichtung deutlich gemacht zu haben, die Sie verfolgt haben. Ich habe das zitiert und könnte das jetzt wieder tun, dass Sie einfach verantwortungslos aus meiner Sicht die Verantwortung runterdelegieren an die Kommunen und sagen, schaut mal, wie ihr mit dem Geld klarkommt, ohne dass da ein Lösungsansatz, eine Verantwortung des Landes zu erkennen ist. Ich glaube, so was kann man nicht machen, und insofern kann ich nur wiederholen, zu Recht haben wir diesen inhaltlich schlechten Gesetzentwurf aus Ihrer Fraktion abgelehnt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Zurufe von
Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Dirk Lerche, AfD)

Lassen Sie mich dann zum Thema Grunderwerbssteuer zurückkommen: Also ich war selbst dabei in 2012, da haben wir damals einen Satz gehabt von 3,5 Prozent. Der bewegte sich auch im bundesdeutschen Durchschnitt. Wir haben da 2012 eine Anhebung vorgenommen auf 5 Prozent. Auch das fiel uns nicht leicht. Auch da gab es Szenarien, in diesem Land werden keine Häuser mehr verkauft, keine Grundstücke mehr gekauft, nichts. Ja, Professor Weber, Sie waren nicht dabei. Aber es gibt Leute, die haben damals so argumentiert und heute sind wir auch wieder nahe dran,

(Tilo Gundlack, SPD: Das war so.)

mit dem Ergebnis, Sie sehen, wir haben Einnahmen in diesem Bereich. Der Immobilienmarkt floriert und es ist nicht – glücklicherweise – zu diesem dramatischen Einbruch gekommen. Jetzt haben wir 2018 und jetzt haben wir in diesem Land immer noch die 5 Prozent. Wenn ich mich recht entsinne, ist der Bundesdurchschnitt bei 5,25 Prozent. Nageln Sie mich jetzt nicht auf die Zehntelstelle fest! Auf alle Fälle kann man mathematisch daraus erkennen, dass wir unter dem Bundesdurchschnitt liegen, und wir schlagen jetzt vor, tatsächlich eine Bevölkerungsgruppe zusätzlich zu belasten, wo ich persönlich glaube, dass viele von denen davon auch profitieren werden, mit dem, was wir dann anschließend mit dem Geld tun. Und wenn wir in

Berlin zurzeit 6 Prozent haben, in Brandenburg 6,5 Prozent, in Hessen 6 Prozent, in Nordrhein-Westfalen 6,5 Prozent, im Saarland 6,5 Prozent, in Schleswig-Holstein 6,5 Prozent, in Thüringen 6,5 Prozent

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

und wir heute hier sagen, Mecklenburg-Vorpommern, diese Koalition will eine Erhöhung auf 6 Prozent bringen, dann, glaube ich ganz persönlich, wird auch das kein Weltuntergang sein.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das bestreitet doch keiner.)

Ich glaube auch nicht, dass irgendein Grundstücksverkauf in diesem Lande oder irgendein Hausverkauf scheitern wird an dieser Maßnahme, die wir ins Visier genommen haben. Ich glaube es einfach nicht. Vielleicht mag es einen Einzelfall geben, aber vom Grundsatz her, sage ich Ihnen, werden die Immobilienwirtschaft und der Häuslekäufer nicht an dieser Maßnahme vor seiner Entscheidung zurückschrecken.

(Andreas Butzki, SPD: Und 6 Prozent
in Hessen sind mehr als 6 Prozent
in Mecklenburg-Vorpommern. –
Dr. Ralph Weber, AfD: 6 Prozent sind
immer 6 Prozent. Mathematikgrundkurs!)

Deswegen, glaube ich auch, ist das, was wir machen, eher verantwortungsvoll, dass wir nicht einfach sagen, gucken wir mal, wo das Geld herkommt, sondern wir ganz konkret, auch wenn wir ein bisschen gedrängt worden sind durch den Koalitionspartner, eine Finanzierungsdeckungsquelle vorschlagen.

(Christian Brade, SPD: Oh!)

Das ist verantwortungsvoll, was wir machen wollen und machen werden.

Ich habe mir auch die Debatten in Schleswig-Holstein angeschaut, die ja unmittelbar nach der Wahl ganz einfach umgestellt haben auf eine Kannregelung und wo die Opposition aus meiner Sicht zu Recht in den Debatten gesagt hat, ihr macht es euch aber ziemlich einfach,

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

ihr bietet keine Finanzierung für die Kommunen an. Die handelnden Personen haben dann gesagt, das machen wir mit dem nächsten FAG. Da können Sie jetzt sagen, was Sie wollen, was verantwortungsvoller ist. Ich glaube, das, was diese Koalition vorhat, ist aus meiner Sicht verantwortungsvoller. Deswegen werde ich auch ganz persönlich diesen Kurs unterstützen. Und wenn wir jetzt Hinweise bekommen, dass möglicherweise der einzelne Käufer überlastet wird, dann bin ich immer sehr dafür, konkrete Beispiele zu machen.

Ich nenne Ihnen jetzt mal ein Beispiel, was mir da so vorschwebt: Ein 600-Quadratmeter-Grundstück, das ist, glaube ich, ein realistischer Wert. Wer sich mehr leistet, wer ein größeres Grundstück haben will, sehr gern. 600 Quadratmeter sind, glaube ich, schon mal so ein Mittelwert, der nicht aus der Welt willkürlich gegriffen ist, aus der realen Welt, sondern wir nehmen einfach mal ein 600-Quadratmeter-Grundstück an. Jetzt können wir natürlich die Promenade in Warnemünde nehmen. Wir können aber auch Greifswald als ein prosperierendes Zentrum nehmen. Wir können auch in meine Gemeinde irgendwo gehen, wir können ein Mittelzentrum nehmen wie Güstrow. Ich entscheide mich einfach mal für einen Durchschnittspreis von 100 Euro für einen Grundstückskauf pro Quadratmeter.

(Jochen Schulte, SPD: Wo gibt es so billige Grundstücke?)

Ja, das habe ich ja gerade gesagt. Sie kommen aus Rostock, Herr Schulte, da ist der Satz etwas höher. Ich sage Ihnen, in Güstrow wird zurzeit für 85 oder für 100 Euro verkauft.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das bedeutet, dieses Grundstück kostet 60.000 Euro. Und jetzt muss ich insbesondere in Richtung Herrn Kramer mal sagen, wir wollen nicht die Grunderwerbssteuer um 6 Prozent erhöhen, sondern um 1 Prozent auf 6 Prozent. Das ist mathematisch ein großer Unterschied.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Das würde nämlich bedeuten, der heutige Käufer würde jetzt schon 3.000 Euro zahlen. Und wenn diese böswillige Koalition es tatsächlich wagen sollte, hier auf 6 Prozent zu gehen, dann muss dieser Käufer demnächst 3.600 Euro bezahlen,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:

Donnerwetter! Oh Gott, oh Gott,
gar nicht auszudenken!)

also eine Differenz von 600 Euro mehr. Da kann ich ehrlich gesagt nicht erkennen, dass das Abendland untergeht.

(Vincent Kokert, CDU: Nee, ich auch nicht. –

Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Umso froher bin ich ...

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Nee, anders gesagt, ich muss es noch mal deutlicher sagen: Diese 600 Euro sind einmalig mehr zu zahlen. Und wissen Sie, was daraus schlussfolgernd passiert? Der Käufer dieses Grundstückes wird nie wieder in seinem Leben Straßenausbaubeiträge in Größenordnungen von mehreren Tausend Euro zahlen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Vincent Kokert, CDU: So ist das, so ist das. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

sondern einmalig 600 Euro.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wenn andere Leute das anders sehen, dann mögen sie sich hier hinstellen und ihre Beispiele vortragen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das ist völlig unbestritten.)

Ich finde, dieses Beispiel ist praxisnah. Und wenn ich dann höre und lese, das Baukindergeld wird ad absurdum geführt,

(Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Wer hat denn so was gemacht?
Wer war das denn?)

dann sage ich Ihnen an dieser Stelle als Torsten Renz ganz deutlich: Das Baukindergeld ist eine sehr gute Maßnahme,

(Minister Harry Glawe: Genau.)

die auf Anregung der CDU im Bund beschlossen wurde,

(Minister Harry Glawe: Genau. –
Martina Tegtmeier, SPD: Hat die CDU
das nicht abgeschafft irgendwann?)

die jedem, jeder Familie pro Kind 1.200 Euro im Jahr bringt. Das bedeutet rein mathematisch, das muss ich jetzt sarkastisch sagen,

(Tilo Gundlack, SPD: Vielleicht hast du das Herrn Rehberg nicht gesagt. – Peter Ritter, DIE LINKE: Der war bei dem Beschluss nicht dabei im Bundestag.)

diese Familie könnte zwei Grundstücke kaufen, zwei 600-Quadratmeter-Grundstücke, und dieses Baukindergeld gibt es zehn Jahre lang. Ich kann nicht erkennen, dass wir durch unsere Maßnahme diese sehr gute Maßnahme, Baukindergeld des Bundes, infrage stellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Jochen Schulte, SPD – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Insofern ist das Baukindergeld, was die CDU im Bund auf den Weg gebracht hat, auch dank der Aktivitäten von Eckhardt Rehberg, eine sehr gute Maßnahme.

(Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Wir können, wenn wir es realistisch betrachten wollen – dafür stehe ich immer –, auch ein Grundstück mit Haus kaufen. Ich weiß, in Warnemünde gibt es utopische Preise, aber wir können ja mal ein Grundstück mit Haus erwerben für 250.000 Euro. Damit es nachher nicht heißt, Herr Renz hat sich ein Beispiel zurechtgelegt, was ihm passt, ich glaube nicht, dass dieses Beispiel mit 250.000 Euro weltfremd ist. Das würde jedenfalls – ich kürze das mal ab – eine Mehrkostenbelastung für den Bürger bedeuten von einmalig 2.500 Euro.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Aber ich sage Ihnen, hier ist die Wahrscheinlichkeit, wenn das Haus steht, dass schon eine Straße da war, hier ist die Wahrscheinlichkeit, dass irgendwann mal die Straßensanierung greift, noch viel höher als bei einem Grundstück, das noch unbebaut ist.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Also insofern wird möglicherweise derjenige, der hier 2.500 Euro einmalig zahlt, noch viel eher, was die Wahrscheinlichkeitsrechnung betrifft, in den Genuss kommen, dass er nie in seinem Leben – er kommt sozusagen in den Genuss der Nichtzahlung – Straßenausbaubeiträge zahlen wird.

Insofern glaube ich, das, was wir hier vorschlagen, kann immer noch verbessert werden, aber es ist ein solider Vorschlag, zu dem wir in Verantwortung als CDU-Landtagsfraktion stehen. Insofern danke ich Ihnen, dass Sie mir noch mal zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

(Vincent Kokert, CDU: Ei, jei, jei, jei! –
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Was kommt jetzt noch?)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Professor Dr. Weber, Sie vermuten richtig, Ihnen ist wirklich kein Thema zu schade, um nicht Ihren kruden Ausländerhass hier im Parlament zu dokumentieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Ralph Weber, AfD: Ich habe
keinen Ausländerhass.)

Und wenn Sie dann hier noch süffisant sagen, Sie tun das, weil wir das immer wieder hören wollen, sage ich Ihnen, mit Ihrer Ausländerfeindlichkeit werden Sie hier im Parlament keine Chance haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Es ist natürlich so, dass jede Partei so ihren Rehberg hat. Deswegen sehe ich überhaupt keinen Grund zur Häme,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

wie ich überhaupt auch bei dem Thema keinen Grund zur Häme sehe. Das ist mir einfach zu ernst und zu wichtig. Deshalb meine ich auch, wir sollten zu diesem Thema keine Märchenstunde im Parlament entwickeln. Das war der Hauptgrund meiner Wortmeldung, denn wenn auch in den Medien dieser Tage zu lesen ist, „Koalition schafft Straßenausbaubeiträge ab“, dann schwingt da eine gewisse Hoffnung dahinter. Aber wir sind längst noch nicht so weit, der Teufel steckt im Detail.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist richtig.)

Das ist hier in den Redebeiträgen auch schon deutlich geworden und die kurze Darstellung, lieber Kollege Renz, des Eckpunktepapieres war für mich noch nicht sehr erhellend. Deswegen schon zu Beginn meiner Rede auch die Bitte namens

meiner Fraktion, uns dieses Eckpunktepapier der Koalition schwarz auf weiß, möglichst noch vor der Anhörung der Volksinitiative zu übergeben,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Hätten Sie jetzt aber mitschreiben können.)

damit wir sozusagen eine Diskussionsgrundlage haben und konkret wissen, wo will denn die Koalition mit Ihrer Zielstellung, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen, hin. Das wäre mir ganz wichtig.

Der zweite Punkt im Zusammenhang mit der Problematik, wir wollen ja keine Märchenstunde machen, ich muss es wirklich noch mal sagen, auch aufgrund der Zwischenrufe, die uns entgegengebracht worden sind, wir hätten ja keine Beiträge zu der Debatte geleistet beziehungsweise keine Vorschläge unterbreitet: Nein, das ist nicht die Wahrheit. Am 05.04.2017 erreichte mich die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur Problematik „Novelle des Kommunalabgabengesetzes“ und die Antwort darin war ganz klar. Ich zitiere: „Eine Aufhebung der Beitragserhebungspflicht ist abzulehnen“, klare Aussage der Landesregierung. Seitdem ist etwas passiert, darüber bin ich sehr froh. Über die wesentlichen Geburtshelfer dieses Umdenkungsprozesses ist heute schon viel gesprochen worden, das sind die Initiatoren und Initiatorinnen der Volksinitiative.

(Tilo Gundlack, SPD: Das war
aber die Landesregierung.)

Ich möchte auch daran erinnern, dass meine Fraktion es war, die das erste Expertengespräch zu diesem Thema beantragt hat. Diesem Vorschlag sind Sie dankenswerterweise gefolgt. Ich gebe auch ehrlich zu, dass ich nach dieser ersten Anhörung von Expertinnen und Experten mehr Fragen als Antworten hatte, denn der Fächer der Antworten war so breit, wie das Problem nun einmal ist beim Straßenbau und beim Straßenausbau in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich will aber auch daran erinnern, dass wir mit Drucksache 7/1889 vom 13. März dieses Jahres den Antrag hier in den Landtag eingebracht haben unter dem Titel

„Erhebung ungerechter Straßenausbaubeiträge stoppen“. Und wenn dann behauptet wird von einzelnen Vertreterinnen und Vertretern der Koalitionsfraktionen, wir hätten hier nicht geliefert, dann stimmt das einfach nicht. Das will ich hier noch mal klarstellen.

(Nikolaus Kramer, AfD: Sehr richtig! Sehr richtig!)

In diesem Antrag haben wir unter anderem gefordert, ich zitiere, „in Auswertung der Erfahrungen anderer Bundesländer rechtliche und finanzielle Auswirkungen eines landesweiten Verzichtes auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu prüfen“.

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
und Martina Tegtmeier, SPD)

Das war unsere Bitte an die Landesregierung. Dieser Bitte ist man bis heute nicht so richtig gefolgt. Erst jüngst, im Ergebnis Ihrer Bürger/-innensprechstunde in Bad Doberan, glaube ich, hat die Ministerpräsidentin angekündigt, das Finanz- und das Innenministerium zu bitten zu prüfen, welche Auswirkungen das hat.

(Henning Foerster, DIE LINKE: So ist es.)

Wäre man unserem Antrag vom März dieses Jahres gefolgt, würden die Zahlen jetzt schon vorliegen. Das ist einfach die Entstehungs...

(Torsten Renz, CDU: Aber der Antrag ist doch
im Ausschuss, Herr Ritter. Das wissen Sie doch.)

Lieber Kollege Renz, der Antrag liegt im Ausschuss, ja,

(Torsten Renz, CDU: Ja. –
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

aber der Prüfauftrag ist deswegen noch längst nicht umgesetzt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und ich sage noch einmal: Hätten Sie so viel Mut gehabt, im März dieses Jahres zu sagen, okay, wir fangen mit dieser Prüfung an,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

würden die Ergebnisse jetzt schon vorliegen und wir wären vielleicht einen Schritt weiter. Das gehört zur Wahrheit dazu und ich bitte darum, dass wir jetzt diese Problematik gemeinsam lösen. Deshalb noch mal meine Erwartungshaltung an Sie: Geben Sie uns Ihr Eckpunktepapier, damit wir dort reinschauen können,

(Vincent Kokert, CDU:

Das bekommen Sie, Herr Ritter.)

damit wir dieses Eckpunktepapier vielleicht mit unseren Vorstellungen abgleichen können oder verbessern können, denn das ist eine gemeinsame Problemlösung! Das haben die Bürgerinnen und Bürger und am Ende die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dieses Landes verdient und nicht gegenseitige Vorwürfe, wer es erfunden hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

Einen Moment, Herr Ehlers! Da sich hier jetzt wieder Neuanmeldungen häufen, habe ich es unterlassen, auf der Besuchertribüne die Schülerinnen und Schüler der Ostseeschule Wismar zu begrüßen. Aber ich denke mal, jeder Besucher hat das Recht, begrüßt zu werden. Von daher hole ich das hiermit nach.

Jetzt haben Sie das Wort.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Schweriner Abgeordneter freue ich mich natürlich ganz besonders über die Entscheidung, die wir in den letzten Tagen getroffen haben, denn ich glaube, man kann schon sagen, dass Schwerin hier so etwas wie die Keimzelle der Bewegung war.

(Beifall Dirk Lerche, AfD – Zuruf von
Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Das gehört, glaube ich, zur historischen Wahrheit dazu, die Bürgerinitiativen hier in Schwerin, die sich etabliert und entwickelt haben, die auch maßgeblich die Volksinitiative getragen haben. Das muss man auch mal sagen. Sie haben hier teilweise laut protestiert, dienstags vor der Staatskanzlei. Da habe ich dann einige auch nicht gesehen, Frau Rösler. Also DIE LINKEN habe ich da selten gesehen. Wenn Sie jetzt hier so tun, als wenn Sie da immer ganz nahe an der Basis gewesen wären, finde ich das spannend.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ach,
Herr Ehlers, Mann, das ist doch wohl lächerlich!)

Aber Sie waren auch konstruktiv und das finde ich persönlich ganz wichtig.

Wir haben viele Gespräche geführt vor der Staatskanzlei. Da bin ich unserem Fraktionsvorsitzenden, unseren Ministern sehr dankbar,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

die nicht, wie vielleicht andere, durch die Hintertür reingehuscht sind, sondern die sich dort dem Dialog gestellt haben, fast wöchentlich, die dort sehr konstruktiv diskutiert haben. Wir haben auch intern im Schloss mit dem Fraktionsvorsitzenden und mit Harry Glawe Gespräche geführt. Die Bürgerinitiative – das fand ich immer gut – war dabei auch immer konstruktiv, hat eigene Vorschläge gemacht und nicht nur gesagt, schafft das ab, ist uns egal, wo das Geld herkommt, sondern hat eigene Ideen gehabt. Deswegen möchte ich mich hier an der Stelle bedanken.

Das Wort „Märchenstunde“ fiel, Herr Kollege Ritter. Ich finde, Märchenstunden gehören eigentlich nach Hause zu den Kindern, zu den Enkeln. Das muss nicht zwingend in den Landtag gehören. Aber wenn hier natürlich ein paar Legenden gestrickt werden, finde ich, muss man auch schon mal gegenhalten an der Stelle, weil das Verfahren ist ja beschrieben worden. Der Kollege Liskow wurde zitiert aus der ersten Beratung zu dem Thema, dass man sich auch Beratungen hier im Ausschuss von unserer Seite hätte vorstellen können. Natürlich war es damals eine ganz andere Situation. Als wir als Schweriner beispielsweise losgegangen sind mit dem Thema, wurde man im Land noch belächelt. Das gehört doch zur Wahrheit auch dazu.

(Martina Tegtmeier, SPD: Die Schweriner
haben erst noch die Abschaffung gefordert.)

Es ist dann peu à peu auch durch den Druck aus anderen Kommunalparlamenten so gekommen.

Frau Tegtmeier, ich kann mich noch an Ihre Worte erinnern. Auch der Kollege Heydorn hat mich mal nicht ganz so freundlich von der Seite angesprochen nach Beschlüssen in der Stadtvertretung. Aber ich finde, dann muss man auch dazu stehen. Das, was man auf kommunaler Ebene vertritt, sollte man auch hier in den Landtag tragen. So sehe ich jedenfalls meine Aufgabe als Abgeordneter in Schwerin.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Es war ein langer Weg an der Stelle, das will ich ganz klar und deutlich sagen. Und natürlich ist es so, wenn man wie die CDU hier die Kommunalpartei ist mit den meisten kommunalen Abgeordneten, dass dann dort, weil das gesagt wurde, Druck ausgeübt worden ist. Die Gespräche und die Initiative der kommunalen Vertreter unserer Partei haben natürlich auch dazu geführt, dass man hier seine Haltung gegebenenfalls ändert oder anpasst an der Stelle. Wir haben immer gesagt, als die Diskussion begann, wir gehen ergebnisoffen in die Gespräche, wir prüfen alle Varianten. Das hat der Fraktionsvorsitzende mehrfach gesagt,

(Thomas Krüger, SPD: So hat er es gesagt.)

das haben meine Kollegen Marc Reinhardt und Franz-Robert Liskow gesagt.

Deswegen kann ich auch, Frau Tegtmeier, die Kritik am Statement unseres Fraktionsvorsitzenden nicht ganz nachvollziehen. Es ist doch dabei rausgekommen, dass alle Härtefallregelungen Schwachsinn am Ende des Tages sind und alles auch nicht rechtssicher an der Stelle ist.

(Martina Tegtmeier, SPD: Das sehen die betroffenen Bürger ganz anders.)

Das hat der Innenminister, glaube ich, sehr deutlich ausgeführt. Deswegen ist die einzige Lösung, die wirklich hier tragfähig ist, die gesamte und komplette Abschaffung. Ich glaube, das ist ganz wichtig an der Stelle zu sagen. Alle, die auf kommunaler Ebene Verantwortung tragen, haben immer mit dem Thema Wertsteigerung argumentiert.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Aber spätestens bei den Beispielen, über die wir hier sprechen, wenn ich über die Rogahner Straße rede und dort jetzt 40.000/50.000 Euro auf der Uhr stehen, am

Ende dort mehr Autos lang fahren werden und das Tempo von 30 auf 50 erhöht wird, wo ich also auch rein subjektiv keine Wertsteigerung sehen kann,

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

fällt es natürlich auch mir schwer zu sagen, da ist jetzt eine Wertsteigerung. Die Beispiele haben wir in anderen Kommunen auch und deswegen, glaube ich, ist es sehr vernünftig, dass wir jetzt hier diesen Weg gehen. Das ist ein gutes Zeichen und eine Kannregelung, das muss ich noch mal ganz klar und deutlich sagen.

Wenn Sie jetzt sagen von der AfD, das sollte ja nur ein Schritt sein, ja, dann hätte man es gleich fordern müssen. Also entweder man fordert hier was oder man macht eine Fußnote dazu und sagt, wir fordern jetzt das Gesetz so, und dann kommt aber der nächste Schritt. Also das ist natürlich auch unrund an der Stelle. Geben Sie dann doch auch einfach zu, dass Sie sagen, Sie haben sich an der Stelle geirrt! Es wäre konsequenter gewesen, gleich die Abschaffung zu fordern,

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

denn die Kannregelung, wie sie der Kollege Lerche – das habe ich ihm auch schon in der Stadtvertretung gesagt – hier im Landtag gefordert hat, hätte uns in Schwerin und auch in vielen anderen Kommunen keinen Deut geholfen, weil wir darauf angewiesen wären, die Beiträge zu erheben, wenn wir keine Kompensation vom Land bekommen hätten. Das gehört doch einfach auch zur Wahrheit, wenn wir uns jetzt alle hier gemeinsam mal ehrlich machen. Das erwarte ich auch von der AfD.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und, werte Kollegen von den LINKEN, dass Sie sich mit dem Thema etwas schwertun, kann ich nachvollziehen, weil Sie sehen ja auch ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Nein, Herr Ritter, das ist doch jetzt auch nicht schlimm an der Stelle.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Jeannine Rösler, DIE LINKE: Ist das billig!)

Ja, Sie drehen sich jetzt immer um, das war schon gestern hier so. Aber es ist doch klar ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ist doch gut!)

Nein, Sie sehen doch, das ist doch ...

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Lassen Sie mich doch ausreden!

Sie sehen natürlich auch bei den Eigenheimbesitzern nicht unbedingt ihr zwingendes ...

(Peter Ritter, DIE LIINKE:
Das ist doch Schwachsinn!)

Das ist doch so.

(Peter Ritter, DIE LIINKE:
Das ist doch Schwachsinn!)

Ich habe doch auch solche langen Ohren in die LINKE. Herr Ritter, ich weiß das doch.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: So billig!)

Ja, aber lassen Sie mich doch, lassen Sie mich doch ausreden!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wissen Sie, wie oft wir mit dem VDBG zusammengesessen haben?!)

Lassen Sie mich doch ausreden, Herr Ritter!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schon bei den Anschlussgebühren beim Abwasser, da waren wir die Ersten, die mit den Grundstücksbesitzern zusammengearbeitet haben. So ein Blödsinn, was Sie hier immer erzählen, Mann, Mann, Mann!)

Ich warte jetzt so lange, bis Sie fertig sind.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das ist natürlich nicht Ihre Kernklientel. Das ist doch auch normal.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU – Jeannine Rösler, DIE LINKE: Das ist doch lächerlich, was Sie hier sagen, einfach lächerlich! – Peter Ritter, DIE LINKE: So einen Schwachsinn zu erzählen!)

Sie wissen doch, wenn man sich die Wahlergebnisse anschaut, Sie haben Ihr Publikum woanders,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, eben nicht!)

Herr Ritter, und das ist ja auch nicht schlimm.

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment bitte!

Ich hatte ja eigentlich die Hoffnung, dass wir durch diese Debatte jetzt durchkommen, ohne dass ich noch mal unterbrechen muss. Es ist eine lebhafte Debatte, ich habe auch mehrfach die Wörter „Schwachsinn“ und „Blödsinn“ hier durchgelassen, obwohl man sie eigentlich als unparlamentarisch bezeichnen könnte. Ich bitte jetzt aber auch bei aller Hitze der Debatte, doch in der Wortwahl vorsichtig zu sein und dem Redner die Möglichkeit zu geben, seine Rede hier fortzusetzen. Ich habe weitere Anmeldungen auf der Rednerliste und noch ist sie nicht geschlossen. Diesen Hinweis am Schluss.

Jetzt können Sie fortfahren, Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Jetzt komme ich wieder zu meinem Thema.

Sie haben ja Ihren Antrag zitiert, Herr Ritter, und da muss ich schon mal sagen, es ist auch gar kein Vorwurf jetzt, wenn Sie eine etwas weichere Position an der Stelle haben, weil der Antrag, den Sie hier eingebracht haben, ist natürlich so pflaumenweich, da kann ich Ihnen unsere internen Arbeitsaufträge ans Innenministerium schicken,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, dann
machen Sie doch mal! Machen Sie
doch mal! Legen Sie doch mal vor! –
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

die waren schärfer formuliert als das, was Sie hier aufgeschrieben haben.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Geht es hier
noch ums Thema oder nur um sich selbst?)

Sie stellen sich in den Kommunalvertretungen als den großen Max hin, fordern die Abschaffung und hier im Landtag bringen Sie dann, ich zitiere: „Dazu sind der Entwurf eines Leitfadens für Gestaltung und Bau von Gemeindestraßen innerhalb bebauter Gebiete zu erarbeiten.“

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Und was haben Sie bis dahin vorgelegt? Gar nichts!)

„... Verfahrenshinweise für eine frühzeitige Information“

(Vincent Kokert, CDU: Jawoll, jawoll! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ihr Beitrag war bis dahin null. Ihr Beitrag war bis dahin null.)

„und Mitwirkung ...“ sind „zu entwickeln“. Ganz wichtig: Man soll „prüfen“ und dann in der Begründung der ganz entscheidende Satz: „Die hierbei gewonnenen ... Erfahrungen sind unverzüglich zu analysieren und gegebenenfalls“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Unverzüglich, unverzüglich! Bis kurz vor Ultimo.)

„für Mecklenburg-Vorpommern nutzbar zu machen.“

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Zum Thema bitte!)

„Gegebenenfalls“, Herr Ritter! Also so einen pflaumenweichen Oppositionsantrag an der Stelle habe ich ja noch nie gesehen! Wenn wir jetzt künftig auch noch die Aufgabe der Opposition hier mit übernehmen sollen, dann sagen Sie es uns!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben bis dahin gar nichts geliefert! Nichts haben Sie geliefert!)

Deswegen bin ich dem Kollegen Wildt sehr dankbar für seinen konstruktiven Beitrag, der sozusagen das eigene Engagement gewürdigt hat, was man durchaus hier noch mal sagen kann an der Stelle, dass er uns ganz klar und deutlich gelobt hat. Ich glaube, das gehört alles mit dazu.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Ehlers, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Foerster?

Sebastian Ehlers, CDU: Mit allergrößtem Vergnügen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Foerster.

(Vincent Kokert, CDU: Sie können ja auch in der Stadtvertretung fragen, Herr Vorsitzender.)

Henning Foerster, DIE LINKE: Herr Ehlers, Sie haben ja zu Recht die Initiatoren aus Schwerin, die maßgeblich die Volksinitiative getragen haben und nach wie vor tragen, gelobt. Meine Frage an Sie ist: Welche Idee haben Sie denn dafür, dass diejenigen, die sich da auf den Weg gemacht haben, am Ende auch tatsächlich von dem, was Sie vorhaben, profitieren? Denn nach dem, was bisher zu lesen war, soll es erst 2020 losgehen, und das könnte dazu führen, dass diejenigen, die den Protest maßgeblich auf die Straße gebracht und die Unterschriftenaktion initiiert haben, am Ende in die Röhre gucken.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Foerster, einen kleinen Moment!

Also Zwischenfragen sollten kurz sein.

(Karsten Kolbe, DIE LINKE, und
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ja, war es doch.)

Sie haben da schon ganz viele Bewertungen und eigene Dinge mit reingebracht. Ich bitte doch zu beachten, dass dafür das Rednerpult da ist. Die Frage sollte schon konkret gestellt sein, ohne Bewertung.

Jetzt können Sie die Frage beantworten, Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Die Frage habe ich ja verstanden und ich frage mich, was Sie die letzten anderthalb Stunden gemacht haben, Herr Kollege Foerster, weil genau auf die Punkte ist mein Kollege Renz zweimal eingegangen. Jetzt geht es darum, die Detailfragen zu klären. Und eins ist doch völlig klar: Diejenigen, die den Protest auf die Straße gebracht haben, dürfen am Ende nicht die sein, die in die Röhre gucken. Deswegen müssen wir schauen, dass es dort auch Übergangslösungen gibt. Man wird nicht jeden Härtefall ausschließen können. Ich glaube, das gehört auch zur Wahrheit dazu, das hat unser Fraktionsvorsitzender gesagt, aber wir müssen jetzt schon schauen, denn die Rogahner Straße hat die Baumaßnahme im September dieses Jahres begonnen. Bei allen anderen Initiatoren wird noch nicht gebaut. Von daher müssen wir für diese eine Lösung hinbekommen. Dafür werden wir uns auch einsetzen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da bin ich ja gespannt.)

Das war sozusagen ein Punkt, der auch noch mal wichtig an dieser Stelle zu sagen war.

Ansonsten, wie gesagt, glaube ich und nehme das Angebot der BMV gern an, dass wir jetzt über die Detailfragen in den Gremien, in den Ausschüssen diskutieren müssen. Aber ich glaube, unterm Strich ist das ein gutes Ergebnis, ein langer Weg zwar, aber natürlich auch ein Zeichen, dass sich Politik bewegt. Das ist völlig klar. Da ist jetzt aus meiner Sicht auch kein Grund für Häme oder irgendwie große Freudentänze. Das wird auch nicht bei jedem Thema so sein, weil ja der Aufruf war, du brauchst dich jetzt nur dienstags vor die Staatskanzlei zu stellen

(Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

und schon passiert hier alles. Ich glaube, bei dem Thema ist es einfach angemessen und angezeigt, die Argumente waren gut und wir haben sie abgewogen, am Ende jetzt so entschieden und diesen Vorschlag gemacht. Das ist, glaube ich, ein gutes Signal an die Menschen hier im Land und deswegen auch ein gutes Signal, dass das Parlament die Initiative ergriffen hat.

Deswegen bleibe ich dabei, es ist schon auch eine Sternstunde dieses Parlamentes, dass wir das aufgegriffen haben, und in diesem Sinne lassen Sie uns jetzt den weiteren Prozess gemeinsam aktiv gestalten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste hier im Hause! Ich möchte mich bedanken einmal bei Herrn Ritter für seinen Redebeitrag, den er gerade gehalten hat. Das war mit einer der besten in dieser Debatte. Und auch der von Herrn Ehlers eben war zumindest an Sachlichkeit kaum zu überbieten.

(Burkhard Lenz, CDU:
Aber Herr Renz war auch gut. –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Kollege Renz, ich habe nicht einmal irgendwie mit Zahlen agiert, weil Sie mich auf irgendwelche Prozente festgesetzt haben.

(Torsten Renz, CDU: Den Beitrag beim
NDR schauen Sie sich noch mal an!
Da haben Sie das gesagt.)

Ich habe gesagt, dass die Grunderwerbssteuer angehoben werden soll. Ich habe aber nicht mit Zahlen agiert. So sieht es aus. Zur Ehrlichkeit gehört das auch, weil Herr Ehlers hier ständig gefordert hat, dass wir bei der Wahrheit bleiben und uns ehrlich machen sollen.

Ja, wir haben die Kannregelung gefordert. Sie haben selbst auch gesagt in Ihrem Redebeitrag eben, dass sich eine Meinung ändern kann. Im Rahmen der Expertenanhörung in den Ausschüssen sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die Kannregelung doch nicht ans Ziel führt, so, wie wir uns das vorgestellt haben. Daraufhin haben wir unsere Meinung geändert.

(Torsten Renz, CDU: Ach, ich denke,
es war Ihr erster Schritt. Ich denke,
das war ein erster Schritt.)

Ja, natürlich. Aber das gehört doch auch dazu.

(Vincent Kokert, CDU: Sie widersprechen sich doch jetzt, Herr Kramer. Sie hätten besser nicht geredet. Jetzt wird es immer schlimmer.)

Das gehört doch dazu, dass man mehrere Schritte geht, um ans Ziel zu kommen,

(Torsten Renz, CDU: Jetzt wollen Sie also keinen ersten Schritt mehr machen.)

und sich nicht so wie Sie hier hinzustellen, Herr Renz, und zu sagen: Das war schon immer unser Ziel, das haben wir schon immer gefordert. Zur Wahrheit gehört aber auch dazu,

(Torsten Renz, CDU: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, wir haben immer ergebnisoffen diskutiert bei uns.)

zur Wahrheit gehört aber auch dazu, dass es natürlich wichtig ist, sich mit den Bürgerinitiativen zu unterhalten, und dass es wichtig ist, sich mit den einzelnen Akteuren zu unterhalten. Es ist aber auch wichtig, in den entsprechenden Gremien hier im Parlament sich zu unterhalten und auseinanderzusetzen.

(Torsten Renz, CDU: Ihre Vorredner haben den ersten Schritt noch verteidigt. Was machen Sie denn jetzt?)

Das ist aber nicht passiert und das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Torsten Renz, CDU: Sie stellen von der Logik her wieder alles in den Schatten.)

Und wenn ich hier so in die Runde gucke, gehört auch zur Wahrheit dazu, dass dieser Tagesordnungspunkt vermutlich darin begründet ist, dass der Mai 2019 seine Schatten vorauswirft.

Mit meinem Eingangsstatement wollte ich aber auch nicht unterstellen, dass alle anderen Redebeiträge hier nicht sachlich gewesen sind. Ich habe lediglich gesagt, dass der von Herrn Ritter und der von Herrn Ehlers für mich am sachlichsten gewesen sind.

(Vincent Kokert, CDU: Besonders sachlich, besonders sachlich.)

Ja, genauso ist es. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Marc Reinhardt, CDU: Bitte.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Also die Ausführungen von Herrn Ehlers kann ich nicht einfach so stehenlassen, der die Forderung oder das Bedauern, dass wir jetzt keine Billigkeitsregelung ins Gesetz mit einführen werden – voraussichtlich –, als Schwachsinn bezeichnet hat.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Also, Herr Ehlers, Sie haben hier mehrmals die Rogahner Straße bemüht. Die Initiative „Rogahner Straße“ haben wir hier zuletzt am 6. September angehört als Sachverständige. Auch zu diesem Zeitpunkt ist noch mal ganz klar geworden, welche Forderungen diese Initiative zu Beginn aufgestellt hat. Die hat sich nicht aus dem Nichts gebildet, sie hat sich gebildet, weil sie auf sich einen Zug zurasen sah, der die Grundstückseigentümer vor fürchterliche Belastungen gestellt hätte. Die Forderung der Initiative „Rogahner Straße“ war, dass wir die Belastung begrenzen, war eben, dass wir dafür sorgen, dass die Grundstückseigentümer nicht überfordert werden. Also die Forderung war zunächst ganz klar nach Billigkeitsregelungen verbindlicherer Art.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Billigkeitsregelungen werden nach der Abgabenordnung für verschiedene Bereiche gezogen. Halten Sie das für schwachsinnig? Ich halte das für bürgerfreundlich, wenn wir auf unsere Bürgerinnen und Bürger zugehen und ihnen die Möglichkeit geben, ihrer Verantwortung vernünftig nachkommen zu können.

(Marc Reinhardt, CDU: Die haben doch alle bei der Volksinitiative unterschrieben.)

Also wenn Sie das hier, die Rogahner Straße, nur anführen, dann bitte auch vollumfänglich.

Zuletzt haben Sie umgeschwenkt, das ist tatsächlich so, Sie sind da mit aufgesprungen. Sie haben in erster Linie Ihre Standhaftigkeit in der Stadt Schwerin

gegen die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen dargestellt. Das ist okay, aber in Bezug auf die anderen Begleitumstände bitte ich doch, das vollumfängliche Bild abzugeben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Um das Wort gebeten hat für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde der Versuchung widerstehen, auf das eine oder andere einzugehen, was der Koalitionspartner hier zum Besten gegeben hat, weil ich glaube, das hilft uns nicht weiter. Mein Gefühl ist, heute versuchen alle Fraktionen hier den Ausgang für Helden zu finden. Machen wir uns mal nichts vor, bis auf diejenigen, die seit dieser Legislaturperiode hier sitzen, tragen die drei Fraktionen die Verantwortung für die Straßenausbaubeiträge.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Wer jetzt versucht, sich hier einen schlanken Fuß zu machen, der kann sich einfach an seine Entscheidungen in den vergangenen Jahren nicht mehr erinnern.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Sie brauchen da nicht zu klatschen, Herr Professor Weber.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Doch!)

Also Ihre Leistung in diesem ganzen Spiel ist wirklich mehr als miserabel. Dafür kriegen Sie von mir jedenfalls die Note „Sechs“,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit und Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

denn aus Ihren Anträgen ist hier genug zitiert worden. Außer, dass Sie eine Kannregelung wollten, ist da nichts Gewinnbringendes hängengeblieben.

(Zurufe von Christoph Grimm, AfD,
und Jürgen Strohschein, AfD)

Und nun tun wir dabei auch nicht so, als wenn wir uns das innerhalb der Koalition leicht gemacht haben und das einfach so vom Himmel fiel, sondern wir haben intensivst darüber diskutiert.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Ich habe selbst in meiner letzten Rede zu den Straßenausbaubeiträgen hier noch mal vorgetragen, welche Alternativen wir prüfen, als Erstes die Kannregelung, als Zweites soziale Härtefälle und als Drittes vielleicht eine Bindung an den Verkehrswert. Wir haben alle drei intensivst geprüft

(Thomas Krüger, SPD: Hoch und runter.)

und sind im Anschluss zu der Auffassung gekommen, es gibt hinterher weder mehr Gerechtigkeit,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Genau.)

noch gibt es dafür eine Klagefestigkeit. Wenn Sie alle anderen Bundesländer sehen, die das versucht haben, das letzte Beispiel war Bayern – das wurde von Ihnen immer angeführt, Herr Wildt –, die haben es dann am Ende deswegen auch gekippt, weil es vor Gericht nicht rechtssicher war.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig! –
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Genau.)

Deshalb lassen Sie uns doch einfach mal tief Luft holen und sagen, nein, es gibt heute keine Gewinner in der politischen Debatte, die sich parteipolitisch irgendwo eine Fahne umhängen und sagen können, wir sind jetzt hier die Größten, weil wir haben es abgeschafft. Die einzigen Gewinner, die es gibt, sind die, die jeden Dienstagmorgen vor der Staatskanzlei gestanden und da demonstriert haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der
SPD, CDU, AfD und Freie Wähler/BMV –
Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Das muss man mit aller Deutlichkeit auch in dieser Debatte hier mal sagen, meine Damen und Herren.

Vielmehr hätte ich mir natürlich gewünscht, gerade von denen, die hier heute den Mund so weit aufreißen, dass sie sich auch jeden Morgen dieser Diskussion stellen, dahin gehen und mit den Leuten reden. Hätten Sie es doch getan, ja, hätten Sie es doch getan! Das war nicht so leicht. Ich habe mir das auch das eine oder andere Mal von den Herrschaften dort angehört. Da kann ich mit meinem Gewissen eben nicht vereinbaren, dass man 78.000 oder 79.000 Euro Straßenausbaubeiträge bezahlen soll. Das ist am Ende nicht gerecht und das können wir den Bürgern auch nicht erklären.

Deshalb muss man klar und deutlich sagen – das wird auch immer wieder gefordert und eingebracht, insbesondere von der AfD heißt es, direkte Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern funktioniert nicht, die Leute haben kein Interesse an Politik –,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das sagen wir nicht. –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Also,
Herr Kokert, nun reicht's aber!)

doch, die haben Interesse an Politik, aber wir müssen sie natürlich auch da abholen, wo sie Interesse haben. Gerade dieses Thema Straßenausbaubeiträge ist bei den Bürgern mit hohem Interesse ausgestattet gewesen.

Dass Sie jetzt so laut quietschen, meine Damen und Herren von der AfD –

(Sebastian Ehlers, CDU: Herren!)

nee, Herren, nur Herren, Damen muss ich rausnehmen –, meine Herren von der AfD, zeigt doch, dass Sie bei dem Thema nichts auf der Tasche haben, und das ärgert Sie jetzt, hätten Sie es mal anders entschieden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der
SPD, CDU und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich will aber auch sagen – das gilt für meine Fraktion, für die anderen kann ich da nicht sprechen –, es ist jetzt nicht so, dass alle mit wehenden Fahnen sagen, Gott sei Dank, wie schaffen jetzt die Straßenausbaubeiträge ab. Ich habe reihenweise Schreiben von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bürgermeistern, die mir sagen, ihr seid doch völlig verrückt geworden, eines der letzten Mittel der kommunalen Finanzierung, die wir selbst in der Hand haben, nehmt ihr uns jetzt weg.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist bei uns genauso.)

Wollt ihr eigentlich als Land uns zukünftig nur noch am Gängelband haben, die Kommunen müssen klopfen und dann kommt ein Minister mit einem Fördermittelbescheid vorbei?

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Deswegen ist die Pauschale so wichtig. –
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Das sind Briefe, die ich von Bürgermeistern kriege. Sie können sich vorstellen, die Diskussion in unserer Fraktion war dazu durchaus bunt. Ich hörte ganz leise, auch in der SPD sah das nicht viel anders aus. Ich sage auch mal für die LINKEN, das wird da wahrscheinlich genauso gewesen sein.

Diese Abwägung zu treffen, gehörte jedenfalls in dieser Legislaturperiode zu den schwierigsten Entscheidungen, die wir bisher treffen mussten. Deshalb tun Sie bitte nicht so, als wenn wir das hier mal holterdiepolter einfach hingeschmissen und gesagt haben, dann machen wir mal so einen rhetorischen Trick daraus und wollen uns die Fahnen umhängen! Nein, Sie können davon ausgehen, dass nicht alle Mitglieder der CDU und nicht alle Mitglieder der SPD das so mittragen, wie wir das hier vorgeschlagen haben.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das glaube ich, ja.)

Deshalb lassen Sie uns lieber für die Zukunft sorgen. Bei den Baustellen, die da noch vor uns liegen, werden wir es nicht schaffen, wenn jeder hier politisch sein Mütchen kühlt. Das werden wir nicht schaffen. Dafür sind diese Themen viel zu komplex und das haben wir auch im Übrigen von Anfang an ehrlich gesagt.

(Torsten Renz, CDU: So ist es. –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Da will ich Sie alle mit einbinden und sagen: Haben wir jetzt nicht auch die Verantwortung, ohne die typischen Spielchen Regierung-Opposition in den Ausschüssen möglichst schnell zu konstruktiven Lösungen zu kommen?

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Herr Wildt, ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar, dass Sie auch noch mal andere Aspekte mit eingebracht haben. Da haben wir die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen. Die kommunale Ebene wird uns aber fragen, weil die muss es nachher am Ende ausführen: Wie sollen wir das jetzt eigentlich alles umsetzen, was Sie als schlaue Tanten und Onkels da im Landtag beschlossen haben?

Deswegen von mir eine herzliche Einladung an alle, die mit uns zusammen als Koalition mittun wollen, gern in den Ausschüssen darüber zu diskutieren, möglichst schnell den Leuten eine Lösung für das zu geben, was jetzt die sogenannte Übergangsregelung heißt, denn das sind die Herrschaften, die jetzt da oben sitzen, die sind wahrscheinlich alle von der Übergangsregelung betroffen. Das interessiert also die Leute, denn die, die 2020 erst betroffen wären, wissen heute noch gar nicht, dass sie betroffen sind. Es geht jetzt um die, die auf der Straße waren. Das wäre doch ein Ding aus dem Tollhaus, wenn wir denen jetzt zurufen, ja, wir schaffen ab, aber nicht für euch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Also das ist ganz klares Ziel der Koalition und ich lade Sie dazu herzlich ein.

Herr Ritter, Sie bekommen jetzt von mir offiziell hier im Landtag die vier Punkte, die wir als Koalition beschlossen haben. Es tut mir aufrichtig leid, dass wir Ihnen das nicht zugeleitet haben. Das war mir so nicht bekannt. Wir wollten Sie aber auf keinen Fall ausschließen.

Ich bedanke mich bei Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und für die intensive Debatte. Ich glaube, das hat das Thema auch verdient. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Volksinitiative auf Drucksache 7/2800 zur federführenden Beratung an den Innen- und Europaausschuss sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, an den Finanzausschuss sowie an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Herr Professor Dr. Weber hat angezeigt, dass er nach Paragraf 88 unserer Geschäftsordnung eine persönliche Bemerkung machen will.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Nicht, dass Sie zurücktreten jetzt.)

Bitte schön.

Dr. Ralph Weber, AfD: Herr Ritter hat mir in seinem Redebeitrag Ausländerhass ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Wir haben hier Formalien, Sie könnten auch vorn vom Rednerpult das Ganze machen.

(Torsten Renz, CDU: Das wäre mir angenehmer. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Da sieht er mich besser.)

Unbeschadet dessen müssen Sie immer eine Anrede machen, wie auch immer Sie sie dann wählen wollen.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen! Liebe Gäste!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Herr Ritter hat in seinem Redebeitrag mir vorgeworfen, dass Ausländerhass eine meiner Eigenschaften sei.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja. Sehr richtig!)

Ich weise das mit Nachdruck zurück.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Im Gegenteil, ich möchte hier erklären, dass ich eine tiefe Hochachtung vor ausländischen Kulturen habe. Ich habe ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Karsten Kolbe, DIE LINKE: „Analphabetisierte
Horden“, Herr Weber! Widerlich, widerlich! –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Professor Weber!

Das ist hier jetzt eine persönliche Bemerkung, die steht jedem Abgeordneten zu. Er kann Bemerkungen, die gegen ihn gerichtet waren, hier zurückweisen, und ich denke auch, dass jeder hier den Anspruch hat, das ohne derartige Zwischenrufe vollziehen zu können.

Bitte schön.

Dr. Ralph Weber, AfD: Ich habe immer wieder Kollegen aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland promoviert, in zweistelliger Zahl inzwischen, und habe ein Zertifikat als ausländerfreundlicher Professor bekommen,

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

weil ich Kollegen aus Iran, Irak und aus Syrien promoviert habe. Ich glaube, das sollte als Faktum genügen, um das zurückzuweisen.

Die Tatsache, dass ich mir Sorgen mache über die ungebremste Zuwanderung kulturfremder Menschen in unser Land, von denen viele mit dem Messer besser als mit unserer Sprache umgehen können,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

ist keine Ausländerfeindlichkeit.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Oh! –
Minister Dr. Till Backhaus: Ich denke, das sind
alles Analphabeten, von denen Sie gesprochen
haben?! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Abgeordnete Nikolaus Kramer hat mit Schreiben vom 21. November 2018 fristgerecht Einspruch gegen den erteilten Ordnungsruf in der 49. Sitzung des Landtages eingelegt. Gemäß Paragraf 100 unserer Geschäftsordnung erfolgt dazu eine Beratung im Ältestenrat. Ich werde den Ältestenrat nach dem Tagesordnungspunkt 15 einberufen.

Vereinbarungsgemäß rufe ich an dieser Stelle den **Zusatztagesordnungspunkt 2** auf: ...